Sonntag, 15. November 1925. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. | 64. Jahrgang. Nr. 265.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich Złoty bei der Geschäftsstelle 3.50, in den Ausgabestellen 3.70, durch Zeitungsboten 3.80, durch die Post 3.50 ausschl. Postgebühren, ins Ausland 6 Złoty, in deutscher Währg. 5 R.-M. ausschließlich Postgebühren.

Fernsprecher 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das unfruchtbare Spiel.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

In der Rede, die der Ministerpräsident Grabski gehalten hat, sagte er mit vollem Rechte, daß die drei Sanierungsgesetze am 6. Oktober vorgelegt worden seien und daß ihre Erledigung durch den Sejm heute noch nicht erfolgt ist. Wenn man sich die Aeußerungen ansieht, die von den Hauptrednern der beiden gegen die Regierung anstürmenden Bauernparteien, der „Wyzwolenie“ und der „Piasten“, gehalten worden sind, so muß man doch zu der Ueberzeugung kommen, daß es bei weitem weniger der Wille war, die drei Gesetze nun auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen, als der, alle Mittel zu benutzen, um der Regierung des Herrn Grabski Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Auf die Gesetze ist man nur sehr wenig eingegangen. Nur der Piast-Abgeordnete Gruszka erklärte, seine Partei werde niemals ihre Zustimmung dazu geben, daß die umlaufenden Beträge an ungedecktem Kleingeld um 50 Millionen vermehrt würden. Wir haben bereits gezeigt, daß der Minister Schatzscheine in der Höhe bis zu hundert Millionen ausgeben will, und daß er sich das Recht vorbehält, gleichzeitig bis zur Hälfte dieser Summe, also wirklich bis zu 50 Millionen, neues Kleingeld in Umlauf zu bringen. Man hat hier, wenn nicht eine ganz besondere Interpretation von seiten der Regierung erfolgt, die die Befürchtungen zerstreut, doch damit zu rechnen, daß sich hier eine böse Kleingeldinflation einschleichen könne, die um so schlimmer ist, als bereits die Summe des umlaufenden ungedeckten Kleingeldes, wie wir gezeigt haben, an und für sich eine Gefahr bedeutet. Alle drei Abgeordnete, die eindrucksvollere Reden gehalten haben, begnügten sich damit, die gegenwärtige furchtbare Lage zu schildern. Wie düster die Verhältnisse liegen, ergibt sich schon daraus, daß Gruszka, also einer der Führer einer der mächtigsten polnischen Parteien, im offenen Sejm sagen konnte, kein Mensch habe mehr Vertrauen zum Lande und der Rechtlichkeit, und daß sogar manche Leute behaupten, daß man es in Polen unter den fremden Regierungen besser gehabt habe. Es hätte einmal jemand wagen sollen, derartige Worte noch vor einem Jahre im Sejm auszusprechen. Ein Sturm der Entrüstung wäre losgebrochen. Heute hat man sie schweigend angehört. Der Sozialist Moraczewski schätzt die Zahl der Arbeitslosen, wenn man die Leute mitzählt, die weniger als drei Tage in der Woche beschäftigt sind, auf mehr als 300 000; also, so sagt er, der dritte Teil aller Arbeiter Polens ist beschäftigungslos. Man begreift, daß unter solchen Verhältnissen die Stimmung gedrückt ist, und daß mancherlei unbesonnene Worte laut werden, die niemand früher auszusprechen wagte.

Was nun in der letzten Sitzung noch gesagt wurde, hat noch weniger von den Gesetzen gehandelt wie die gestrigen Reden. Man hatte eine zweistündige Rede des Wyzwolenieabgeordneten Kowalzuk anzuhören, die sich vor allem mit der Verteilung der Kredite durch die Bank Polski befaßte, und in der dann alles wiederholt wurde, was über die Lage schon bereits von anderen gesagt worden war. Gleich zu Anfang hatte der deutsche Abgeordnete Zerbe klargelegt, daß die deutsche Fraktion gegen die heutige Regierung Stellung nehme, weil sie in ihrer bisherigen Tätigkeit keine Garantie dafür gegeben habe, daß die Sanierung von ihr in nutzbringender Weise durchgeführt werde.

Dann sprachen noch einige Abgeordnete der kleineren Parteien. Auch Herr Grabski konnte in seiner heutigen Rede nicht mehr viel anderes tun, als einige gegen ihn gerichtete Vorwürfe zurückzuweisen, namentlich hinsichtlich der bisherigen Interventionsanleihen, die bekanntlich von dem Piastabgeordneten Byrka als ein „Dreck“ bezeichnet worden. Die wichtigste Mitteilung, die Herr Grabski machte, war aber die, daß die Anleihe gegen Verpachtung des Spiritusmonopols keineswegs in nächster Zeit erwartet werden könne. Wir haben bereits in unserem letzten Artikel darauf hingewiesen, daß alle Meldungen über eine bevorstehende Anleihe die Regierung als unrichtig erklärt. Einzelne Blätter, darunter auch ein Berliner Blatt, haben sich genaue Einzelheiten über die Bedingungen der Anleihe melden lassen. Herr Grabski erklärte, daß alle diese Mitteilungen aus dem Finger gesogen seien.

Die Lage für die Regierung wird inzwischen nicht rosiger. Die beiden Bauernparteien „Wyzwolenie“ und „Piast“ sind ganz offen in die Opposition getreten. Als heute die Sanierungsgesetze behandelt wurden und die „Wyzwolenie“ einen Dauerredner nach dem anderen vorschickte, stellte man von seiten der Rechten den Antrag, die Diskussion über das erste Gesetz (Ermächtigung zum Abschluß einer 600 Millionen-Anleihe) zu schließen. Sofort kam von der „Wyzwolenie“ der Gegenantrag auf Fortsetzung der Diskussion, da noch nicht alle Punkte aufgeklärt seien. Dieser offensichtliche Obstruktionsantrag der „Wyzwolenie“ wurde abgelehnt. Nun übernahm Gruszka das Spiel. Er stellte den Antrag, daß sämtliche drei Sanierungsgesetze im Zusammenhang beraten werden sollen. Es wurde durch Erheben von den Plätzen abgestimmt. Die Sekretäre entschieden eine Mehrheit. Der Sejmmarschall bezweifelt sie. Ebenso die Linke. Lärm. Also Abstimmung durch die Tür. Der Antrag wird zurückgewiesen. Aber es entsteht ein Streit darüber, ob der Sejmmarschall das Recht hat, zu bestimmen, daß die beiden Sekretäre aus beiden Lagern, also dem der Linken und der Rechten, genommen werden müßten. Es ereignete sich nämlich heute, daß beide Sekretäre Abgeordnete der Rechten waren. Głąbiński, einer der Hauptmänner der Rechten, bestreitet dem Marschall das Recht zu einer solchen Verfügung. Zu einem Marschall, der das Reglement nicht kenne, habe er kein Vertrauen. Sofort ergreift der Marschall Rataj das Wort und fordert, daß Głąbiński einen Dringlichkeitsantrag stelle und den Mißtrauensantrag formell mache. Głąbiński will nicht. Ueber die Angelegenheit wird ein Seniorenkonvent abgehalten, aber da kein Mißtrauensantrag vorliegt, so ist der Zwischenfall beigelegt, und die Diskussion nimmt ihren Fortgang. (Der „Kurjer Poznański“ hat den Zwischenfall etwas anders dargestellt. D. Red.) Die „Wyzwolenie“ treibt, wie immer deutlicher zu Tage tritt, offene Obstruktion. So verläuft die Diskussion über diese für das Land so außerordentlich wichtigen Angelegenheiten in seichter und unsachlicher Weise dahin. In später Abendstunde stellt z. B. die „Wyzwolenie“ den Antrag, daß der Ministerpräsident bei diesen schönen Unterhaltungsspielen, die die Wyzwolenie nun mit den Sanierungsgesetzen betreibt, zugegen sein müsse, Abstimmung durch die Tür. Der Antrag wird zurückgewiesen. Und unterdessen wartet das Land. Die Wyzwolenie aber verfolgt ihre Parteiziele und verurteilt den Sejm in den schlimmsten aller Zeiten tage-, ja wochenlang zu unfruchtbarer Tätigkeit.

Plötzlicher Sturz der Regierung Grabski.

Zwiespalt zwischen Karpiński und Grabski. — Die mutmaßlichen Rücktrittsmotive. Der Ministerrat beschließt einstimmig den Rücktritt. — Aufregung in Warschau.

Warschau, 13. November. (Abends 8.15 Uhr). Soeben wird aus Warschau gemeldet, daß eine Ministerratssitzung den gemeinsamen Beschluß gefaßt habe, dem Herrn Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch zu überreichen. Der Herr Staatspräsident hat das Gesuch angenommen, den Demissionsakt jedoch noch nicht unterzeichnet. Herr Grabski, der Ministerpräsident, führt vorläufig die Geschäfte nicht weiter. Er hat selbst darauf verzichtet, provisorisch die Regierung zu leiten. Seinen Posten nimmt der Herr Innenminister Raczkiewicz ein, den Posten des Finanzministers übernahm Herr Klarner provisorisch.

Warschau, 14. November. Die heutigen polnischen Morgenblätter in Warschau und Posen schildern die Lage wie folgt:

Die Regierung Grabski ist gestern zurückgetreten. Obwohl die Kabinettskrise schon lange Zeit latent war, ist sie am Freitag doch recht überraschend akut geworden. Der Hauptgrund des Rücktritts sind Mißverständnisse zwischen Herrn Grabski und dem Präsidenten der Bank Polski, Herrn Karpiński, auf dem Boden der Interventionskredite. Die scharfe Opposition im Sejm mag zu einer Verstärkung der Demissionsmotive beigetragen haben. Ein Gerücht aus Sejmkreisen will wissen, daß ein wichtiger Anlaß des Rücktritts der Regierung Grabski Nachrichten waren, die der Abg. Diamant aus Berlin mitgebracht habe. Es soll sich hier um eine ultimative Forderung der deutschen Regierung handeln, die als kategorische Bedingung für weitere Verhandlungen die unverzügliche Zurücknahme aller Zollverbote, die von der Regierung Grabski erlassen worden sind, aufgestellt haben soll. Die Demission Grabskis ist so kategorisch gewesen, daß er sogar auf die einstweilige Führung der Geschäfte verzichtet hat. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers führte der bisherige Innenminister Raczkiewicz das Regierungssteuer, das Finanzressort hat vorläufig der Vizeminister Klarner übernommen. Über die Vorgeschichte des Rücktritts liegen folgende Meldungen vor:

Am Donnerstag morgen fand im Finanzministerium eine Beratung statt, an der der Premier und Vertreter der Bank Polski teilnahmen. Auf dieser Beratung trat eine Spaltung hinsichtlich der Valutapolitik in die Erscheinung. Der Premier wandte sich an den Staatspräsidenten, der Herrn Grabski und Herrn Karpiński zu sich zu einer Konferenz bat. Auf dieser Konferenz erklärte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bank Polski mit den Richtlinien der Valutapolitik des Herrn Grabski nicht einverstanden. Der Premier kündigte angesichts dessen seine Demission an. Im Zusammenhang damit fand am Freitag, 10 Uhr vormittags, eine Konferenz mit dem Sejmmarschall Rataj statt, nach der um 2 Uhr nachmittags der Marschall die einzelnen Klubvorsitzenden vorlud, und sie über die Lage unterrichtete.

Um 4 Uhr wurde eine außerordentliche Sitzung des Ministerrates einberufen, der über den gesamten Rücktritt des Kabinetts beschließen sollte. Nach längerer Diskussion fiel um 5 Uhr 40 Min. ein einmütiger Beschluß, der den Rücktrittsantrag des Premiers billigte. Herr Grabski begab sich zum Präsidenten und erhielt die Zustimmung zur Demission. In den Motiven wird u. a. darauf hingewiesen, daß im Sejm ein persönlicher Kampf gegen die Person des Premiers geführt würde, wodurch die Erledigung dringender Gesetze hingezogen werde.

Im Sejm fand inzwischen die Abstimmung über den Antrag auf sofortige Auflösung des Sejm statt, der mit 240 gegen 126 Stimmen abgelehnt wurde. Für den Antrag stimmten die Sozialisten, die Wyzwoleniegruppe, der Bauernbund und die Nationale Arbeiterpartei. Während der Abstimmung über den Antrag der Wyzwolenie, den Sejm binnen 14 Tagen aufzulösen, wurde die Sejmsitzung im Zusammenhang mit der Kabinettskrise abgebrochen und auf den nächsten Dienstag vertagt. Sogleich nach dem Rücktritt hielten die einzelnen Parteien Beratungen ab. Der Sejmmarschall konferierte mit den Abgeordneten Witos (Piastenpartei), Głąbiński (Nat. Volksverband), Stolarski und Poniatowski (Wyzwolenie) sowie Barlicki (Sozialisten). Nach Beendigung dieser Konferenzen begab er sich um 8 Uhr 15 Min. nach dem Belvedere, um den Präsidenten über die im Zusammenhang mit der Krise geschaffene Lage zu unterrichten. Nach seiner Rückkehr in den Sejm empfing er Vertreter der Presse, der er folgendes erklärte: „Der Herr Präsident hat die Demission des Kabinetts angenommen, aber der Akt der Demission ist noch nicht ausgefertigt und wird erst am Sonnabend veröffentlicht. Ich informierte den Präsidenten über die jetzige politische Lage und auf die Frage, ob ich (Rataj) nicht die Mission der Kabinettsbildung übernehmen möchte, antwortete ich mit einer Absage. Um 9 Uhr empfing der Staatspräsident den Abg. Głąbiński, der sich zur Krise dahin äußerte, daß man in der schwierigen Lage des Landes nach einem Koalitionskabinett streben müsse. Es sei nötig, daß sich die polnischen Parteien über ein gemeinsames Spar-, Budget-, Wirtschafts- und Sozialprogramm verständigen und eine Regierung bildeten. Nur ein Koalitionskabinett könne das Vertrauen des Landes gewinnen und größeres Vertrauen des Auslandes erlangen.

Der Präsident könnte nach Ansicht des Abg. Głąbiński in hohem Maße dazu beitragen. Der Gedanke eines Koalitionskabinetts würde in der schweren Stunde des Staates auf keinen Widerspruch von seiten aller polnischen Parteien, ohne Ausschluß der Sozialisten, stoßen. Eine außerparlamentarische Regierung könne nicht mit einem Erfolg im Sejm rechnen. Der Präsident erklärte, daß er sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dahin bemühen werde, daß eine Verständigung der Parteien in nächster Zeit zustande käme. Um 10 Uhr empfing er die Abgeordneten Stolarski und Poniatowski.

Der Premierminister empfing Vertreter der Warschauer Presse und verlas folgende Erklärung: „Der neue Sturz des Złoty schafft trotz der Ausgleichung der Handelsbilanz vor drei Monaten mit dem unaufhörlichen Wachsen der Arbeitslosigkeit eine Lage, die die unbedingte Vereinigung aller Faktoren des politischen Lebens und Landes erfordert, die um das Schicksal des polnischen Staates besorgt sind, welche Vereinigung zum Zweck der Einstellung der politischen parlamentarischen Kämpfe und zur Schaffung unbedingt nötiger Autoritätsgrundlagen für die Regierung geschehen soll. Da meine Person, wie es sich gezeigt hat, ein Hindernis bildet, fühle ich mich gezwungen, den Herrn Ministerpräsidenten zu bitten, mich sogleich des bekleideten Postens zu entheben, ohne mich auch nur teilweise auf meinem Posten zu lassen, und zwar deshalb, damit bis zur Bildung einer Regierung, die sich auf eine große parlamentarische Mehrheit stützte, was längere Zeit erfordern kann, meine Person kein Faktor sei, der das Zusammenwirken zwischen Sejm als Ganzes und der Regierung erschwert.“

Nach Verlesung dieser Erklärung, die gleichlautend ist mit einem Schreiben, das der Premier an den Staatspräsidenten richtete, fügte Herr Grabski folgende Aufklärungen hinzu: „Ich bin mir dessen bewußt, daß alle leidenschaftlichen Ergüsse, die gegen mich gerichtet sind, zugleich sich gegen die Regierung als solche richten, da dadurch, daß man mich zu kränken sich bemüht, zugleich die ganze Regierung getroffen wird. In so schwerer Stunde aber wird eine Regierung ohne Autorität ihren Aufgaben nicht gerecht. Damit niemand meine Rückkehr und meinen Verbleib zu befürchten braucht, damit das Ziel schwindet, nach dem geschossen wird — man schießt nach mir, trifft aber die Regierung und das Staatsinteresse —, deshalb ziehe ich mich zurück. Diese von mir formulierten Motive sind vom Präsidenten akzeptiert und vom Ministerrat geteilt worden. Ich will noch einige Worte zur Beruhigung der öffentlichen Meinung sagen: „Der Herr Innenminister teilt mir mit, daß in Lodz sich alles gut entwickelt habe, und man soziale Wirren, die man dort zwei Jahre lang nicht gesehen hat, nicht zu fürchten braucht. Der Stand der Finanzkasse hat sich im Vergleich zum Oktober beträchtlich gebessert, so daß die aufgehaltenen Staatsassignate bereits zur Auszahlung angewiesen worden sind und heute schon gänzlich ausgezahlt sein dürften. Die Befürchtungen bezüglich der Auszahlung der Gehälter zum 1. Dezember sind grundlos. Meine Hauptsorge war, mich um die Aufrechterhaltung des Złoty und die Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu bemühen.“

Staatskrise?

In Warschau kreist das Gerücht, daß der Staatspräsident die Absicht habe, seinen Rücktritt anzumelden, indem er diesen Schritt nicht nur mit dem Umstand protegiere, daß er mit dem Kabinett Grabski besonders verbunden gewesen sei, sondern auch der Tatsache, daß die Sejmparteien kein genügendes Vertrauen zu ihm, als dem Staatsoberhaupte, hätten. Dieses Gerücht ist mit Vorbehalt aufzunehmen. Als Kandidaten für den Premierposten werden genannt: Skrzyński, Leopold Skulski, General Sikorski und Roman Dmowski. Die ganze Last des künftigen Kabinetts dürfte auf dem neuen Finanzminister ruhen. Für die Übernahme dieses Postens kommen die Abgeordneten Michalski, Byrka und Steczkowski in Betracht.

Inflation und Interventionsanleihe.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Der Abgeordnete Byrka von der Piastpartei erschreckte heute mit der Mitteilung, daß der Dollarpreis heute auf 6.55 Złoty gestiegen sei. Während langer Wochen ist es dem Finanzminister gelungen durch rechtzeitige Intervention an den verschiedenen Märkten den Dollarpreis auf wenig über 6 Złoty zu erhalten. Nun ist der Moment eingetreten, an dem offenbar die Intervention zwecklos geworden ist.

Zu gleicher Zeit, in dem der Złoty von neuem zu wanken beginnt, wurde im Sejm die Debatte über das Grabskische Gesetz zur Schaffung einer Interventionsanleihe eingeleitet. Herr Byrka hat das Verdienst, diesmal etwas eingehender zu der Sache selbst gesprochen zu haben. Er rügt es, daß der Minister Grabski gesagt habe, die Intervention habe dem Lande nur eine halbe Million gekostet. Das sei ein Ammenmärchen für kleine Kinder. In Wahrheit habe der Minister bisher zu Interventionszwecken Anleihen in der Höhe von 120 Millionen abgeschlossen. Hiervon seien nach den einen 41 Millionen, nach den anderen 70 Millionen ausgegeben worden. Nähere Angaben seien nicht zu erhalten gewesen. Da nun der Złoty inzwischen um 10 Prozent gesunken ist, so beträgt auch der Verlust 10 Prozent von obigen 70 Millionen. Auch diese Ausführungen Byrkas sind nicht ohne weiteres zu verstehen. Er war der Abgeordnete, der zu sagen gewagt hatte, daß die Interventionsanleihen Grabskis ein „Dreck“ seien. Das Wort ist grob, aber da Byrka die Verhältnisse kennt, so muß man nach den Gründen suchen, die ihn zu diesem groben Worte veranlaßt haben. Rechnen wir nach. An Interventionanleihen hat Grabski folgende erhalten: 1. 10 Millionen Dollar vom Federal Reserve Board in Amerika, wofür bei der Bank von England für 51 Millionen Złoty in Gold aus den Deckungsbeständen der Bank Polski hinterlegt wurden. Ferner hat er erhalten vom Irving Trust 6 Millionen Dollar, und von einem schweizer Konsortium 25 Millionen schweizer Francs. Rechnet man diese Beträge in Złoty (zum Kurse von 6) um, so erhält man in der Tat 126 Millionen Złoty, also ungefähr die Summe die Herr Byrka angibt. Nun ist es aber total unbekannt geblieben, was Herr Grabski für die beiden zuletzt genannten Anleihen als Garantie gegeben hat. Und doch müssen es recht ernste Verpflichtungen gewesen sein, denn schon für die Anleihe des Federal Reserve Board wurden ja Goldbestände der Bank Polski hinterlegt und zum Teil auch verpfändet. Man kann annehmen, daß Herr Byrka diese schweren, dem Lande bisher verheimlichten Bedingungen kennt, und daß er deshalb diese Anleihen als „räudig“ bezeichnete, und daß er nicht bewogen werden konnte, diesen Ausdruck zurückzuziehen. Nun sagt Byrka anscheinend logisch, aber in Wahrheit recht boshaft: Wenn der Minister doch nur eine oder eine halbe Million für Intervention nötig gehabt hat, so sehen wir nicht ein, weshalb er nun auf einmal das Recht fordert für 200 Millionen ausländische Anleihen für Interventionszwecke abzuschließen. Aber gleich darauf fährt er fort: In Wahrheit hat der Minister (siehe unsere obige Berechnung) bereits für 120 Millionen Anleihen zu Interventionszwecken mit dem Ausland abgeschlossen. Also wollen wir ihm diese 120 Millionen bewilligen. Hiermit hat Byrka zweifelsohne das richtige getroffen, denn die heute von Grabski geforderte Bewilligung des Abschlusses von Interventionsanleihen ist weiter nichts, als die nachträgliche Gutheißung von bereits von ihm abgeschlossenen Anleihen.

Die Schatzscheine und die Inflation.

Nach dem Gesetzentwurf soll der Minister ermächtigt werden, Schatzbons bis zur Höhe von 100 Millionen herauszugeben. Schatzbons dieser Art sind bereits in der Höhe von 40 Millionen herausgegeben worden, von denen ungefähr die Hälfte am Verfalltage vom Finanzamt wieder eingelöst worden sind. Die verbleibenden 20 Millionen Schatzbons sind fast gänzlich an die Bank Polski gegeben worden. Erklären wir: Mit der Ausgabe von Schatzbons nimmt das Finanzministerium sozusagen die zu erwartenden Steuern vorweg, das heißt, es stellt eine Art Wechsel auf die zu erwartenden Steuern aus, und gibt diese Wechsel, also die Schatzbons, in Zahlung. In Ländern mit normalen Verhältnissen sind die Schatzbons durchaus berechtigt. In Polen, wo die Steuern zwar bisher eingeflossen sind, aber wo eine derartige Erschöpfung der Gesellschaft eingetreten ist, daß eine regelmäßige weitere Steuerleistung nicht absolut gesichert ist, sind auch die Schatzbons, wenn sie in großer Zahl ausgegeben werden, eine gewisse Gefahr. Zu dieser Gefahr tritt noch eine zweite. Bisher erfolgte die Verausgabung von Schatzbons in Stücken zu 100 bis 500 Złoty. Das war auch die Ursache, daß sie als „Geldumlauf“ nicht in Frage kamen. Der Besitzer, der sie zu Geld machen will, tauscht sie bei der Bank Polski oder bei einer anderen Regierungsbank ein. Es scheint nun aber in gewissen Kreisen die Absicht zu bestehen, die kommenden Schatzbons zu einem Geldpapier zu machen, indem sie in kleinen Abschnitten zu 25 Złoty und weniger herausgegeben werden sollen. Wir halten das für ein unfehlbares Mittel, eine neue Inflationswährung zu schaffen, die nun noch als dritte Währung neben den gedeckten Banknoten und den ungedeckten Kleingeldscheinen bestehen würde. Wir müssen also hoffen, daß man sich nicht Umlaufgeld verschaffen will, indem man diese dritte Währung schafft. Nun aber will der Minister sich das Recht vorbehalten, bis zur Hälfte der zwar vom Sejm bewilligten, aber noch nicht ausgegebenen Schatzbons ungedecktes Kleingeld auszugeben! Man weiß, daß nach dem Gesetz nur für 12 Złoty pro Kopf der Bevölkerung Kleingeld ausgegeben werden darf. Nun scheint es, daß diese Summe von 12 Złoty, also ungefähr 150 Millionen Złoty für das ganze Land, schon überschritten ist, denn sehr wahrscheinlich sind die 80 Millionen Kleingeld, die noch vor einigen Wochen in den Regierungskassen waren, inzwischen zum größeren Teil in Umlauf gebracht worden. Da damals schon für 306 Millionen Kleingeld im Umlauf war, so ist auch ohne weitere Verausgabung von Kleingeldscheinen der gesetzlich zulässige Betrag überstiegen. Nun soll noch ein weiterer Betrag an Kleingeld in Umlauf gesetzt werden. Man versteht, daß man einigermaßen entsetzt ist angesichts dieses Vorhabens. Während wir dieses niederschreiben, erreicht uns die Nachricht, daß der Dollar bereits, gegen 9 Uhr abends, auf 6.80 geklettert ist. Es ist zu hoffen, daß es dem Finanzminister gelingt, der Abwärtsbewegung Einhalt zu tun. Erschwert wird dies allerdings, wenn der Eindruck erweckt wird, daß an der Schaffung zweiter und dritter Währungen mit Hilfe der Gesetzgebung gearbeitet wird.

Byrka von der Piastpartei hatte den Antrag gestellt, schon Art. 1 des Gesetzes, also die Ermächtigung zur 600 Millionen-Anleihe, abzulehnen. Der Artikel wurde aber mit 161 gegen 157 Stimmen angenommen, worauf zugleich das ganze Gesetz in zweiter Lesung eine Mehrheit fand.

Das Zündholzmonopol.

Für die Verpachtung des Zündholzmonopols sollte Polen bekanntlich eine Anleihe von 6 Millionen Dollar erhalten. Wie Byrka behauptete, sind von diesen 6 Millionen bereits 3 Millionen ausgegeben worden, ehe die Anleihe noch vom Sejm gutgeheißen war. Er rügt dies auf das schärfste. Das Anleihegesetz für das Zündholzmonopol wird dann an die Kommission verwiesen.

*

Peinliche Lage.

Wie die „Agencja Wschodnia“ aus Warschau meldet, soll das Kriegsministerium mit einer Summe von 1 200 000 Złoty bei der Fabrik „Pocisk“ in Warschau im Zahlungsrückstande sein. Die Fabrik hat vor 3 Wochen die Auszahlung von mehr als 4000 Arbeitern infolgedessen einstellen müssen. Sie gibt an die Arbeiter Lebensmittel in einer der Auszahlung entsprechenden Menge. Es verlautet, daß die Fabrikverwaltung dieser Tage die Arbeiter für die letzte Oktoberwoche entlohnen soll.

Der Grund für den Rücktritt.

Wie der „Expreß Poranny“ erfahren haben will, soll der Grund zu dem plötzlichen Rücktritt Grabskis die Forderung von ausländischen Finanzleuten gewesen sein, die erklärt haben sollen, daß Polen so lange keine Anleihe erhalten würde, solange Grabski am Ruder bleibe. Der zweite Grund war der Konflikt zwischen Grabski und Karpiński. Karpiński betonte stets schärfer die Unabhängigkeit der Bank Polski von der Regierung, und das hat zu großen Auseinandersetzungen geführt.

Witos erklärte, daß für Polen die Rettung nur in einem vollkommenen inneren Frieden zu suchen sei. Die Piasten wollen jede Mehrheitsregierung unterstützen und alle Bestrebungen fördern, die zu einer tragfähigen Parlamentsmehrheit führen. Witos als Führer der Piasten sei bereit, eine feste Bindung mit den jeweiligen Regierungsparteien einzugehen, um den Weg aus dem Dilemma zu finden. Polen steht vor großen und schweren Opfern, sie müssen jedoch gebracht werden, wenn es zu einem Ausweg kommen soll.

Schulkinder mit Arrest bestraft.

Interpellation

des Abg. Kronig und Koll. an den Herrn Unterrichtsminister, den Herrn Justizminister und Minister des Innern betr. die Mißhandlung und rechtswidrige Verhaftung von deutschen Schulkindern in Lipnik bei Biała.

An der Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache in Lipnik bei Biała ist die Lehrerin Zarembianka tätig, welche seit langer Zeit als eine im höchsten Grade nervöse und hysterische Person bekannt ist. Diese Lehrerin war nicht befähigt, sich in ruhiger und ernster Weise, wie es einer Lehrerin geziemt, bei den Kindern Respekt zu verschaffen. Nicht genug damit, stutzte sie sich ihr Haar zu einem Bubikopf, wodurch sie bei den Kindern den Rest der Autorität verlor. Dies alles führte dazu, daß sie sich durch Schlagen der Kinder Ruhe zu verschaffen suchte. Ein derartiger Fall ereignete sich im Anfang des verflossenen Monats, als Frl. Zarembianka durch ihr hysterisches und ungebührliches Verhalten die Heiterkeit der Kinder erregte. Durch diese Heiterkeit aufs höchste gereizt, warf sie sich in größter Wut auf die Kinder und schlug mit einer Rute auf sie ein, wobei sie einen Knaben ins Gesicht traf und ihm die Lippe verletzte, so daß der Knabe blutete.

Gegen dieses brutale Vorgehen der Lehrerin demonstrierten die Kinder auf der Straße.

Im Zusammenhang damit wurde nicht die Lehrerin, sondern die Kinder im Alter von 10 bis 13 Jahren zur Verantwortung gezogen. Der Kreisrichter in Biała, Herr Garbusiński, dem die Mitteilung der Polizei über diesen Vorfall zugegangen war, sandte die Akten der Polizei zurück, machte jedoch darauf den Vermerk, daß die Kinder mit einer Haft von 2 bis 3 Tagen bestraft werden müssen. Zu einem solchen Vermerk hatte Herr Garbusiński gar kein Recht, um so mehr, als es sich in diesem Falle um die Bestrafung Unmündiger handelte. Auf Grund dieser gesetzwidrigen Bemerkung des Richters Garbusiński nahm die Polizei die sofortige Verhaftung der Kinder vor. Sechs unmündige Kinder wurden in der Schule verhaftet und 4 Kilometer weit nach dem Polizeigefängnis in Biała gebracht. Eines der Kinder, das an Masern krank war, wurde von der Straße weg nach dem Polizeigefängnis mitgenommen. Erst dank der Intervention des Dr. Groß wurden diese Kinder nach mehrstündigem Arrest freigelassen.

Das Vorgehen des Richters Garbusiński sowie der Polizeibehörde stellt eine grobe Rechtsverletzung dar. Im Sinne des Art. 270 des Strafgesetzbuches können unmündige Kinder mit Abschließung in einem abgesonderten Verwahrungsraum (nicht aber Arrest) nur dann bestraft werden, wenn ihre Handlung nach deren Beschaffenheit ein Verbrechen wäre. Vergehen und Übertretungen dagegen können bei Unmündigen laut § 273 des S. G. B. nur mit häuslicher Züchtigung geahndet werden.

In den Fällen des § 273 ist das Strafgericht nicht befugt, über die Schuld der Minderjährigen zu entscheiden; das Gericht muß sich in seiner amtlichen Tätigkeit nur darauf beschränken, daß es sich als nichtzuständig erklärt und die Akten der Pflegschaft- oder Sicherungsbehörde überweist.

Entgegen diesen Vorschriften des S. G. B. hat der Richter Garbusiński die Bestrafung der Kinder mit Arrest verfügt und die Polizei führte diese rechtswidrige Verordnung aus, wodurch sie die Bestraften der Möglichkeit beraubte, von den ihnen zustehenden Rechtsmitteln Gebrauch zu machen.

Angesichts dessen fragen die Unterzeichneten an:

1. Ist der Herr Unterrichtsminister geneigt, gegen die Lehrerin Zarembianka für das Schlagen der Kinder die Disziplinaruntersuchung einzuleiten, und was gedenkt er zu tun, um in Zukunft ähnlichen Fällen vorzubeugen?

2. Ist der Herr Justizminister bereit, den Richter Garbusiński für seine rechtswidrige Anordnung, die Schulkinder mit Arrest zu bestrafen, zur Verantwortung zu ziehen?

3. Ist der Herr Innenminister bereit, die schuldigen Polizeibeamten wegen Durchführung der rechtswidrigen Anordnung zur Verantwortung zu ziehen?

Warschau, den 13. November 1925.

Die Interpellanten.

Ein wertvolles Geständnis.

Der Zollkrieg mit Deutschland ein Fehler.

Die ins Unendliche sich hinziehende Wirtschaftskrise hat nicht nur zur Folge, daß sich die Zahl der Bettler von Tag zu Tag mehrt, es ist vielmehr auch ein gesünderer Wind in die Reihen der polnischen Parteien gefahren. Wo jetzt die Frage auftaucht, wie dem Wirtschaftsübel beizukommen sei, wird auch gleich nach einem Programm gefragt. Man kann wohl ruhig sagen, daß die Regierungskrise nur deshalb vermieden worden ist, weil man doch zurückgeschreckt ist, mit offenen Augen sich wieder ins Chaos der Experimente zu stürzen. Trotz der langen und bangen Krisenmonate hat es aber keine Partei soweit gebracht, ein Wirtschaftsprogramm zusammenzubauen, das eine Vernunftskritik aushalten könnte, und das man der nun allgemein als verfehlt verurteilten Finanzpolitik Grabskis hätte gegenüberstellen können.

Als die Regierungskrise in der Luft hing, da versuchten die polnischen Parteien Hals über Kopf ihre Wirtschaftsprogramme zu schmieden. Manche taten dies überhaupt zum ersten Male. So sah auch die Arbeit demgemäß aus. Man hörte gleich nach den ersten Versuchen auf und überließ die Mühe anderen. Es ist ganz gewiß leichter, durch politische Intrigen ein Kabinett zu stürzen, als nachher die Verantwortung auf sich zu nehmen, oder gar mit leeren Händen vor den Fragern zu erscheinen und den Vorwurf zu vernehmen: Ja, warum habt Ihr das Bestehende zerstört, wenn Ihr uns nicht nur nichts Besseres, sondern sogar überhaupt nichts Neues bieten könnt? Grabski hat gewonnen, weil er unter vielen der einzige war, der ein System ausgearbeitet besaß, wenn auch ein das Mark aussaugendes System. Man knirschte ihm zu, man wurde nervös, — gedacht sei nur der Auftritte mit Byrka und der Rede Bryls. Grabski blieb ruhig und blieb.

Die Erkenntnis, die sich aus der Wirrnis herauskristallisierte, ist alt, aber immer wieder verworfen. Nicht nur politische Schachzüge und Satisfaktionen genügen, um es dem Lande wohlergehen zu lassen. Reale Wirtschaftsarbeit und -erfolg machen uns glücklicher.

Heilsam wird hoffentlich auch die zweite Erkenntnis sein, nämlich daß man sich mit dem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland verrechnet hat. Anfangs wollte man den Warnern kein Gehör schenken und verurteilte ihre „unpatriotischen“ Mahnungen. Heute rufen die „Patrioten“ selbst nach raschem Frieden und gestehen ihre falsche Kalkulation ein.

So endet z. B. der Leitaufsatz in Nr. 306 des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ mit dem Satz: „Der Zollkrieg hat gar keinen Sinn, — und kann aufhören, sobald Deutschland guten Willen zeigt.“ Ja, man will immer den guten Willen zuerst auf der anderen Seite sehen! Doch was versteht man unter „gutem Willen“? Und wie sieht dieser gute Wille bei uns in Polen aus? Welche realen Formen wird er annehmen? Diese Fragen harren auf eine Durchdiskutierung in der polnischen Presse.

Selbsterkenntnis ist bekanntlich der erste Schritt zur Besserung und zur Weisheit. Eine solche Gewissensforschung hat nun Senator Prälat Adamski im „Postęp“ öffentlich abgelegt. Das Blatt berichtet in der Nummer vom 10. d. Mts. über die am Sonnabend abgehaltene Versammlung der Christl. Demokratie, wo Senator Adamski wörtlich erklärte:

„Der Zollkrieg mit Deutschland wurde hervorgerufen, ohne daß man sich über seine Konsequenzen genügend klar geworden ist. Die Regierung hat sich nicht orientiert, daß wir nach Deutschland mehr exportierten als Deutschland zu uns. So hat der Zollkrieg unserem Ackerbau und unserer Kohlenindustrie Schaden zugefügt. Doch auch hier hat die Öffentlichkeit noch vor wenigen Monaten dies gewollt, und die Regierung hat das getan, was die allmächtige öffentliche Meinung verlangte.“

Aus dem zitierten Abschnitt der Rede des Herrn Senators Adamski sind drei wichtige Tatsachen festzustellen. „Noch vor wenigen Monaten“ — also heute nicht mehr. „Nur wenige Monate hat es gedauert, bis man erkannt hat, daß der aus politischen Gründen begonnene Zollkrieg wirtschaftlich „keinen Sinn“ hat. Glückliche Erkenntnis!

„Die Regierung war nicht orientiert.“ Ist es aber nicht die wichtigste Aufgabe der Regierung, orientiert zu sein in grundlegenden Fragen? Ein stiller Vorwurf für Grabski, der demnach nicht „orientiert“ ist, daß Finanzen und Wirtschaft doch nicht ganz identisch sind.

Und „die Regierung tat, was die allmächtige öffentliche Meinung verlangte“. Hier steckt mehr dahinter. Prälat Adamski schiebt in seiner Rede mehrmals die Schuld für geschehenes Unglück auf die „öffentliche Meinung“.

Wenn jedoch Herr Senator Adamski heute in Posen die Feststellung in bezug auf den Handelskrieg mit Deutschland macht, so ist gerade aus seinem Munde diese Hervorhebung der Tatsachen wertvoll, denn es ist gerade seine Presse gewesen, vielmehr die Presse seiner Partei, die rücksichtslosen Zollkrieg mit Deutschland verlangt hat und in dem wirtschaftlichen Kampf, der Polen großen Schaden zufügen mußte, eine patriotische Heldentat sah. Wir haben oft genug davor gewarnt. Doch wenn Herr Adamski der Regierung „Unorientiertsein“ vorwirft, so ist nicht diesem Manne allein der Vorwurf zu machen, ohne daß wir ihn in Schutz zu nehmen gedenken. Genau so unorientiert zeigte sich ein großer Teil der Volksvertretung, die gleiche Desorientierung in die Presse trug und in einer Frage die öffentliche Meinung scharf machte, wo es gar nichts scharf zu machen gab und wo es klüger gewesen wäre, mit ruhigem Verstand die Konsequenzen durchzudenken. Wir sehen diesen Druck der „öffentlichen Meinung“, die bekanntlich immer gemacht wird, in der Geste, die die Regierung in der Optantenfrage machte, obwohl gerade hier die polnische Republik zweierlei günstige Momente für Polen gewinnt. Erstens einen moralischen Gewinn, der Vertrauen bringen kann, und zweitens einen praktischen Gewinn, indem jetzt wertvolle Elemente in Polen bleiben dürfen, wohingegen jene polnischen Optanten, die aus Deutschland kommen würden, das Heer der Arbeitslosen nur vermehren. Die ganze Hetze der „öffentlichen Meinung“ — sprich: „unorientierte Presse“ — ist daher einmal schädlich und zum anderen Male nicht mit dem Staatsinteresse vereinbar.

Wer unseren Vorschlägen bislang ablehnend gegenüberstand, der möge sich heute diese Rede des Herrn Senators Adamski zu Gemüte führen und er möge weiterhin die Rede des Herrn Stroński, die er in Posen hielt, aufmerksam lesen, — vielleicht wird ihm der Gedanke kommen, daß wir Deutschen in Polen die ganze Zeit über nichts anderes gesagt haben und daß man unsere ruhige Meinung, die heute unsere Stellungnahme beweist, in den Wind schlug, sie als staatsfeindlich verschrien hat, — wenn man uns nicht gar dafür zur Verantwortung zog.

Zur Zahlung der Vermögenssteuer durch die Ansiedler.

Der polnische Ansiedlerverband (Związek Polskich Osadników Rolnych) erläßt in seinem Verbandsorgan (Osadnik Nr. 29) folgende Bekanntmachung zur Zahlung der Vermögenssteuer: „Nachdem der Vorstand des Verbandes beim Finanzministerium vorstellig geworden ist — ein Schritt, über den wir kürzlich berichteten —, sandte das Finanzministerium ein Rundschreiben an die Finanzkammern von Posen und Pommerellen, in dem es die untergeordneten Behörden ersucht, die Vermögenssteuer von den Rentenansiedlern nicht einzuziehen und eine neue Veranlagung der erwähnten Steuer durchzuführen. Diese neue Veranlagung soll erst erfolgen, wenn die zuständigen Finanzämter vom Bezirkslandamt die besonderen Unterlagen über die Belastung der Rentenstellen auf Grund der Rente erhalten haben.

Indem wir dies zur allgemeinen Kenntnis der Ansiedler bringen, geben wir gleichzeitig bekannt, daß in Rücksicht auf das oben erwähnte Rundschreiben Einsprüche gegen die Zahlung der Vermögenssteuer sich erübrigen, und daß man ferner mit der Zahlung der Steuer bzw. mit der Einreichung der Einsprüche gegen die Veranlagung bis zur Übersendung der neuen Zahlungsaufforderungen durch die Finanzämter wartet.“

Die Verantwortung für die Bekanntmachung müssen wir dem genannten polnischen Verbande überlassen, aber wir dürfen wohl annehmen, daß die gleichen Grundsätze auch für uns gelten.

Interessengemeinschaft alter Ansiedler.

Republik Polen.

Die Berichtigung des Kriegsministers.

Im „Expreß Poranny“ war ein Artikel erschienen über die angebliche Zurückweisung von 100 000 Gasmasken, die in der Radomer Fabrik hergestellt worden waren. Zur Aufklärung der tatsächlichen Lage der Dinge wird vom Kabinett des Kriegsministeriums folgendes bekannt gegeben:

1. Die Militärkommission hat weder in der vergangenen Woche noch sonstwann Masken zurückgewiesen. Der im Juli d. Js. vorgelegte Probeposten von 10 000 Masken aber entsprach ganz und gar den Bedingungen des Empfängers. Die weitere Entgegennahme von Masken in geringeren Mengen, die vom bevollmächtigten Vertreter des Kriegsministeriums vollzogen wurde, war ganz normal und entsprach den erforderten Bedingungen. 2. Ganz grundlos ist die Nachricht von der Zurückweisung von 7 Waggons mit Masken im Werte von 7 Millionen Złoty sowie von 100 000 Masken, die einen Wert von 2 Millionen Złoty darstellen. Die Vorwürfe, die dem Kriegsministerium hinsichtlich der Umstände gemacht werden, die angeblich den Vertragsabschluß begleiteten, hat der Herr Kriegsminister dem Chef des Kontrolleurkorps zur Durchführung von Ermittelungen überwiesen. Unabhängig davon hat sich der Kriegsminister an den Zivilstaatsanwalt mit dem Ersuchen gewandt, die Schuldigen zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen, da der Inhalt der erwähnten Pressenotiz begründete Unruhe in der Öffentlichkeit hervorrufen könne.“

Unbekannte Tragödien.

eb. Rom, Ende Oktober.

Erschüttert von dem Elend, das die Kriegserklärung von Versailles über eine wehrlose Zivilbevölkerung heraufbeschwor, schreibt ein Italiener im römischen „Mondo“:

„Dieser Tage habe ich aus beruflichen Gründen die elende Behausung in der Via degli Orbetellari Nr. 27 aufsuchen müssen, wo sich eine unglückliche Frau den Tod gab: eine deutsche Edeldame, die durch die Sequestrierung ihrer Güter und ihres Vermögens in das grausamste Elend gestürzt wurde, Alma von Lorch, geborene Cranach, eine direkte Nachkommin von Lucas Cranach, dem größten Künstler der deutschen Renaissance. Sie hängte sich auf. Menschliche Pflicht veranlaßt mich, öffentlich bekannt zu geben, daß die überlebenden der unglücklichen Familie — der achtzigjährige Hans von Lorch, der als Kommandant einer preußischen Schwadron sich im Feldzug 1866 bei Sadowa mit Ruhm bedeckte, und die fast fünfzigjährige Tochter — in einem Zustand des Elends hausen, der vielleicht in Rom nicht seinesgleichen hat, wo es gewiß an Misere nicht mangelt. Es genügt zu sagen, daß sie nicht einmal ein Bett haben, sondern auf erbärmlichen Lumpen auf dem Fußboden schlafen. Seit fünf Jahren kämpfen sie vergeblich um die wenigstens teilweise Zurückerstattung ihres Vermögens, und es ist zweifellos, daß sie sich, wenn nicht die Mildtätigkeit eingreift, bald in die lange Liste der Opfer der harten Nachkriegsgesetze einreihen werden.

Aus dieser Liste möchte ich nur die Namen wohlbekannter Persönlichkeiten herausgreifen, wie zum Beispiel die vornehme Witwe des berühmten deutschen Musikers Wichmann, deren jetzt mit allen Möbeln sequestrierte römische Wohnung Jahrzehnte hindurch die bedeutendsten Vertreter der musikalischen und der Kunstwelt Roms als Gäste sah. Frau Wichmann stürzte sich in ihrem furchtbaren Elend vom Fenster eines Hauses in der Via S. Chiara, das dem ihrigen gegenüberlag, auf die Straße herunter und blieb zerschmettert liegen. Wenige Monate später, als er die traurige Nachricht bekam, beging ihr Sohn, ein Italiener und begabter Journalist, der lange Jahre hindurch Berliner Korrespondent der „Tribuna“ war, in Buenos Aires Selbstmord.

Dann erinnere ich an den Fall der Malerin Charlotte Popert, die ihrer hochkünstlerischen Bildung wie ihrer Wohltätigkeit wegen überaus beliebt war in den intellektuellen Kreisen Roms, aber mittellos in einem Krankenhaus hinsterben mußte, weil man ihr alles genommen hatte, auch ihre schöne Villa am Lungo Tevere, wo mehr als einmal die Königinmutter zu Gast war, und wo sie Jahre hindurch viele aus dem Erdbeben von Messina gerettete Waisenkinder beherbergte, nährte und erzog.

Weiter sei noch des angesehensten und hochgeachteten Kaufmanns der deutschen Kolonie in Mailand gedacht, Glockners, der sich wegen des Elends, in das er durch die Beschlagnahme von Hab und Gut geriet, das Leben nahm.

Sechs Jahre nach dem Kriege! Nichts könnte die Grausamkeit der Versailler Bestimmungen besser beleuchten als diese Tragödien. Wie lautete doch die Resolution, die von der Juristenkonferenz in Stockholm im September vorigen Jahres unter Vorsitz von Lord Reeding gefaßt wurde? „Die Konferenz ist fest davon überzeugt, daß die Sequestermaßnahmen der kriegführenden Staaten gegen die Privatgüter von Ausländern einen Rückfall in die Barbarei bedeuten, der nicht scharf genug verdammt werden kann.“ Dabei sind diese Versailler Bestimmungen nur ein schwerer Fehlschlag, denn auf der einen Seite stürzen sie zwar eine Menge Unschuldiger — auch Angehörige siegreicher Nationen, wenn sie mit solchen der besiegten Staaten verheiratet sind — ins Elend, auf der anderen Seite aber haben sie nur einen ungeheuerlichen und kostspieligen Bürokratismus geschaffen, der die Erträge aus den Sequestrierungen wieder auffrißt. Und was im besonderen Italien anbelangt, so muß es, da es von dem Reparationskonto, auf das nach Deckung der italienischen Schäden in Deutschland die Einnahmen abgeführt werden müssen, nur ein Zehntel erhält, neunzig Prozent von dem Erlös der beschlagnahmten Güter an Frankreich und die übrigen Alliierten abführen!“

Jeder Kommentar hierzu erscheint überflüssig. Nur soll, um der Wahrheit die Ehre zu geben, nicht verschwiegen werden, daß auch Deutschland selber durch seine Banknotenentwertung und die als Aufwertungsgesetze bezeichneten Enteignungsgesetze unzählige Existenzen im Ausland vernichtet hat, insbesondere auch unter den deutschen Kolonien.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 14. November.

Keine Verkleinerung der Posener Universität.

Eine Abordnung der Posener Universität, bestehend aus dem Rektor Prof. Dr. Sikorski und den Dekanen Prof. Dr. Jurasz und Prof. Dr. Terlikowski, hatte sich zum Kultusminister begeben, um sich zu informieren, was an dem Gerücht von der Verkleinerung der Universität Wahres sei. Der Minister ermächtigte die Abordnung zu der Erklärung, daß das Gerücht jeder Grundlage entbehre und er selbst zum ersten Male aus dem Munde der Abordnung etwas davon höre.

Zur Altershilfe!

Die ersten kalten Tage dieser Woche, die Schneefälle, haben uns ernsthaft an die bevorstehende Notzeit und die Winterstürme gemahnt. Zitternde Greisengestalten in zerlumpter Kleidung strecken auf den Straßen und an den Kirchentüren die Hände nach Almosen aus. In den Häusern mehren sich die Bettler, die Brot und einen warmen Trunk begehren. Bis jetzt waren unsere Volksgenossen nicht unter diesen Aermsten. Bis jetzt haben wir Deutsche in Polen für unsere erwerbslosen Alten gesorgt. Die bitterste Not haben sie nicht zu kosten gebraucht, laßt uns ihnen auch weiter helfen! Denkt daran, daß gerade in den kommenden Monaten Heizmaterial und Nahrungsmittel besonders notwendig sind. Trotz aller schweren Sorgen haben wir noch immer Ueberfluß, im Vergleich zu den armen Alten. Laßt uns davon mitteilen, auf daß es uns nach der Verheißung selbst wohl gehe in unseren alten Tagen!

Geldspenden nehmen alle deutschen Banken und die Geschäftsstellen der deutschen Zeitungen, Lebensmittel das Büro des Wohlfahrtsdienstes, Wały Leszczyńskiego 2 (fr. Kaiser-Ring), entgegen.

✕ **Fernsprechverkehr Posen—Breslau.** Die Direktion für Post und Telegraphie bittet uns mitzuteilen, daß von morgen, Sonntag, 15. November, ab direkter Fernsprechverkehr zwischen Posen und Breslau hergestellt wird. Die Gebühr für ein gewöhnliches Dreiminutengespräch beträgt 3 Goldfranken.

✕ **Unfallversicherung für Schmiede und Schlosser.** Auf Grund der Änderung der Satzung, die durch das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge unter dem 10. April 1925 bestätigt worden ist, wird die Verpflichtung zur Versicherung gegen gewerbliche Unfälle auf die selbständigen Schmiede und Schlosser ausgedehnt, wenn sie regelmäßig keine oder höchstens zwei Gehilfen beschäftigen, die der Versicherungspflicht unterliegen. Die Abänderung gilt vom 1. Mai 1925 ab. Deshalb haben sich alle Schmiede und Schlosser, die bei der Landesversicherung noch nicht angemeldet sind, innerhalb 14 Tagen bei der Abteilung für Unfallversicherung in Posen, Mickiewicza 2, zu melden, ohne Rücksicht darauf, ob sie Gehilfen beschäftigen oder nicht. Die Nichtanmeldung in der vorgeschriebenen Zeit zieht gemäß § 656 der Versicherungsordnung eine Geldstrafe bis zu 100 zł nach sich.

✕ **Weihnachtspakete nach Übersee.** Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Aushändigung an die Empfänger gesichert ist.

✕ **Die deutschen Banken** sind am Buß- und Bettage, Mittwoch, dem 18. November, geschlossen. Näheres im Anzeigenteile.

✕ **Die Beisetzung** des am 7. Juli in Bad Altheide verstorbenen Kaufmanns Jakob Moses findet hier morgen, Sonntag, nachmittag 3 Uhr von der Halle des jüdischen Friedhofes statt.

✕ **Selbstmord durch Vergiften verübt** hat gestern der 38 Jahre alte Drogist Johann Kędziora aus der ul. Woźnia 14 (fr. Büttelstraße) in nervöser Überreizung wegen Arbeitslosigkeit. Er starb auf dem Wege nach dem Stadtkrankenhause und hinterläßt eine Frau mit einem Kinde.

✕ **Als Leiche aus der Warthe gezogen wurde** gestern am Gerberdamm die 46 Jahre alte Ehefrau Agnes des Bahnbeamten Dolata aus der ul. Kolejowa 35 (fr. Bahnstraße), die am Freitag, 16. Oktober, abends in Unterberg in selbstmörderischer Absicht in die Warthe gegangen war. Die Leiche war, wie bereits berichtet, vorgestern an der Wallischeibrücke gesehen worden, aber wieder untergegangen, ehe sie gelandet werden konnte.

✕ **Auf den „Schlesischen Abend“**, der am Montag um 8 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses von der „Spinntante“ des Diakonissenhauses und dessen Schwesternchor zugunsten der Aufrechterhaltung der Diakonissenstation der Christuskirche in St. Lazarus veranstaltet wird, sei noch einmal mit herzlichen Empfehlungen aufmerksam gemacht. Eintrittskarten zum Preise von 2 und 1 zł sind in der Evangelischen Vereinsbuchhandlung und am Montag an der Abendkasse zu haben.

✕ **Als Heirats- und Kautionsschwindler festgenommen** wurde gestern der St. Adalbertstraße wohnhafte 24jährige Organist Ignatz Grzechiewicz, ein kleiner, unscheinbarer Mensch, dem kaum jemand solche Schwindeleien zutrauen würde. Er hat es jedoch faustdick hinter den Ohren. Denn sobald ihm eine vertrauenerweckende Jungfrau über den Weg lief, machte er Anbiederungsversuche, die ihm auffälligerweise auch meist gelangen. In einem Falle hatte er die Verkäuferin eines Geschäfts aus der ul. 27. Grudnia (fr. Berliner Straße) auf dem Nachhausewege beobachtet, ihren Namen erkundet und ihr dann brieflich Herz und Hand angetragen. Die Sache klappte, und schon nach drei Tagen hatte er seine „Braut“ um 50 zł angepumpt. Doch auch Küchenfeen verschmähte er nicht, die er à la Braesig zu seinen „Brautens“ machte, natürlich um auch sie um ihre Schätze, die Motten und Rost fressen, zu erleichtern. Der einen nahm er ihre gesamten Ersparnisse von 500 zł ab. Es ist anzunehmen, daß die Zahl der betrogenen Bräute noch größer ist, und es wäre erwünscht, wenn sie sich ganz ungeniert im Zimmer 37 der Kriminalpolizei melden wollten. — Auch auf dem Gebiete des Kautionsschwindels versuchte er sich, allerdings ohne den gewünschten Erfolg. Einem gewissen Banach gegenüber gab er sich als Besitzer einer Schuhpastafabrik in der Dominikanerstraße in Kosten aus. Er engagierte den jungen Mann als Beamten mit einem Monatsgehalt von 300 zł bei 15prozentiger Gewinnbeteiligung gleich auf 10 Jahre! Nur der Ordnung halber sollte Banach 600 zł Kaution stellen. Doch Banach wollte die Katze nicht im Sacke kaufen, fuhr nach Kosten, um dort die Fabrik anzusehen, die natürlich gar nicht existierte, und so behielt er seine 600 zł.

✕ **Die Feuerwehr** wurde gestern gegen 12½ Uhr nach der Buker Straße 32 zur Hilfeleistung gerufen, wo in einer Wohnung ein Ofen aus noch nicht ermittelter Ursache explodiert war.

✕ **Der Wasserstand der Warthe in Posen** betrug auch heut, Sonnabend, früh unverändert 1,18 Meter, wie gestern und vorgestern früh.

✕ **Vom Wetter.** Heut, Sonnabend, früh waren bei bedecktem Himmel 3 Grad Wärme.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Sonntag 15. 11: Evangelischer Verein Junger Männer: Kirchliche Woche. Frage 4.
Montag, 16. 11.: Kaufmänn. Verein: Klubabend mit Damen.
Montag, 16. 11.: Männer-Turnverein Posen: von ½8 bis ½10 Uhr Übungsstunde der Damenabteilung.
Montag, 16. 11.: Evangelischer Verein Junger Männer: 8 Uhr abends Posaunenchorstunde.
Dienstag, 17. 11.: Männer-Turnverein Posen: von 7 bis 8 Uhr Übungsstunde d. Jugendabteilung; außerdem von ½8 bis ½10 Übungsstunde der Männerbteilung.
Dienstag, 17. 11.: Bachverein: Chorprobe; Damen ¾8, Herren ¾9 Uhr.
Mittwoch, 18. 11.: Gemischter Chor, Posen: 8 Uhr abends Chorübungsstunde.
Mittwoch, 18. 11.: Evang. Verein Junger Männer: Bußtag.
Mittwoch, 18. 11.: Männer-Turnverein Posen: von ½8 bis ½10 Übung der Damenabteilung.
Donnerstag, 19.11.: Evang. Verein Junger Männer: abends 8 Uhr Posaunenchorstunde.
Freitag, 20. 11.: Männer-Turnverein Posen: 7—8 Uhr Übung der Jugendabteilung; außerdem von ½8 bis ½10 Uhr Übung der Männerabteil.
Sonnabend, 21. 11.: Evang. Verein Junger Männer: Wochenschluß-Andacht.

* **Graudenz,** 13. November. Drei Knaben, nämlich Bronisław Wesołowski, Paweł Radzikowski, Maksymiljan Lewandowski, alle drei im Alter von 13 Jahren, entfernten sich Mittwoch aus den elterlichen Wohnungen und sind bisher nicht zurückgekehrt.

□ **Neu-Tecklenburg,** 13. November. Der Landwirt Winkelmann stieß sich bei einer Hausschlachtung vor einigen Tagen

Deutscher Hausschatz — Sonntag ist's.

In meiner Jugend war es bei den wenigen Büchern, die man außer den Schulbüchern zu Gesichte bekam, immer ein besonderes Fest, wenn ein Heft der beliebten illustrierten Familienzeitschriften „Deutscher Hausschatz“ oder „Alte und Neue Welt“ ins Haus kam. War das doch für den wissensdurstigen jugendlichen Geist die schönste Gelegenheit, etwas über den Rahmen des Schulwissens hinaus zu erfahren, mit der Phantasie in fremde Länder, zu unbekannten Völkern zu wandern oder auch in menschliche Schicksale, sei es geschichtlicher oder erdichteter Persönlichkeiten, sich zu vertiefen. Wie haften noch jetzt die Artikel aus diesen Zeitschriften im Gedächtnis, da es eben damals noch nicht mit Wissensstoff überladen war!

Heute liegt wieder eine dieser alten lieben Zeitschriften vor mir, freilich in veränderter und zugleich vervollkommneter Gestalt. Zu ihrem alten Titel „Deutscher Hausschatz“ hat sie noch einen zweiten „Sonntag ist's“ dazubekommen. Und das kam so:

Mitten im Weltkriege wurde 1915 von dem geistreichen Schriftsteller Dr. Alfons Heilmann eine Zeitschrift „Sonntag ist's“ (München, Kunstanstalten Josef Müller) begründet, um der drohenden Unkultur einen festen Damm entgegenzusetzen; die junge Zeitschrift erfreute sich, dank ihrer trefflichen Leitung, bald einer großen Beliebtheit. Als aber die Not der Zeit auch ihre Existenz bedrohte, wurde sie mit dem bereits seit 1874 bestehenden altbewährten „Deutschen Hausschatz“ Oktober 1921 zu einer Zeitschrift unter der geschickten Leitung Dr. Heilmanns (Verlag Josef Kösel u. Friedrich Pustet, München) verbunden. Der 51. Jahrgang dieser illustrierten Familien-Monatsschrift liegt mir nun vor. Eine nähere Durchsicht der einzelnen Hefte hat mir in ihnen soviel des Schönen und Guten gezeigt, daß ich nur wünschen kann, es möchten alle katholischen Familien, die irgendwie in der Lage sind, 7,20 M. jährlich für einwandfreie geistige Nahrung auszugeben, diese Zeitschrift abonnieren. Nebenbei möchte ich bemerken, daß sie natürlich ebensogut für andere deutsche Kreise in Betracht kommt; denn sie enthält nichts, was die religiösen Gefühle Andersgläubiger verletzen könnte.

Um wenigstens etwas mit dem Inhalte der Zeitschrift bekannt zu machen, erwähne ich, daß sich durch alle zwölf Hefte ein Roman der bekannten österreichischen Schriftstellerin Freiin Enrica von Handel-Mazzetti, „Das Rosenwunder“ betitelt, hinzieht; in seinem Mittelpunkt steht Else, die liebliche Tochter des Jenaer Arztes Dr. Walch, die als Katholikin zusammen mit dem protestantischen Theologiestudierenden Karl Sand das Rosenwunder der hl. Elisabeth am Geburtstage ihrer Stiefmutter in einem lebenden Bilde darstellt. Sand hat bekanntlich 1819 den Dramatiker August von Kotzebue wegen seiner oft unsittlichen Lustspiele und Possen, durch die er die Seele des deutschen Volkes vergiftete, ermordet; der Roman, der sich wahrscheinlich zu einer Trilogie entfalten wird, schließt mit der Einlieferung Sands ins Zuchthaus. Auch in diesem Kunstwerke zeigt die bewährte Schriftstellerin (vgl. besonders ihre Werke: Meinrad Helmpergers denkwürdiges Jahr, Jesse und Maria, die Trilogie „Stephana Schwertner) ihre Meisterschaft, in tief ergreifender Weise seelische Erlebnisse und Kämpfe zu schildern und dabei doch den Fluß der Erzählung nicht versiegen zu lassen. Neben diesem Hauptroman finden sich noch eine Anzahl kleinerer Erzählungen, von denen die gehaltvolle „Geschichte einer Kindheit“ von M. von Olfers sowie die beiden Humoresken „Auf der Eisenbahn“ von F. Schrönghamer-Heimdal und „Das Bischofsfieber“ von Anna Richli erwähnt seien. Eine Zierde jedes Heftes bilden die von echter Lebensphilosophie erfüllten „Sonntagsgedanken“ des Herausgebers. Außerdem bieten die Hefte eine reiche Fülle geschichtlichen, geographischen, naturwissenschaftlichen und kulturhistorischen Wissens; ich erwähne aufs Geratewohl „Arnold Böcklin“, „Vom Südtiroler Volkstum“, „Der Tod im deutschen Volksgemüt“, „Die Schönheit der Kakteen“, „Die Hinrichtung Kaiser Maximilians von Mexiko“. Es fehlt auch nicht eine „Frauenbeilage mit Modeteil“ und eine Beilage „für die kleinen Leute“ mit recht ansprechenden „Helden-Vorbildern“.

Von dem neuen, Oktober dieses Jahres beginnenden 52. Jahrgang, liegt bereits das erste Heft vor. Schon äußerlich präsentiert es sich vornehm durch ein Vierfarbengemälde auf weißem Umschlag, aber auch innerlich ist es seinen Vorgängern gegenüber gewachsen. Gleich zwei große Romane beginnen in diesem Hefte, eine zarte Liebesgeschichte und ein Kriminalroman. Von den belehrenden Aufsätzen seien erwähnt ein Bilderartikel über Quacksalber und die Charakterstudien über schöne Frauenporträts. Besonderen Anklang wird sicherlich die neu hinzugekommene „Weltbilderschau“ finden; auch erscheint die Frauenbeilage nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich. Kurz, die Neugestaltung der Doppelzeitschrift macht Schriftleitung und Verlag alle Ehre. Sache des Publikums ist es nun, die schöne Zeitschrift zu unterstützen. Ihr jährliches Abonnement beträgt, auf den Tag berechnet, zwei Pfennig oder drei Groschen. Was man dem Bettler kaum zu schenken wagen würde, sollte man nicht wenigstens soviel für seine tägliche geistige Erholung übrig haben?

Domherr Dr. Steuer.

Jean Paul-Anekdoten.

Zum 100. Todestag am 14. November 1925.

(Nachdruck verboten.)

Jean Paul hatte einen Pudel, Ponto genannt, von dem er viel hielt und der ihn fast überall hin begleitete. Einst befand sich der Dichter auf dem Findlaterschen Berge bei Dresden, Ponto ihm zur Seite. Es war mehr Gesellschaft da, und manche von den Anwesenden hatten auch Hunde bei sich. Diese gesellten sich bald zu Ponto. Er schweifte mit ihnen umher, und Jean Paul mußte seinen Pudel mehrfach suchen und rufen. Da sagte er endlich: „Die Bestien haben es schon heraus, daß Ponto durch den Umgang mit mir ein gelehrter Pudel geworden ist; ich vermute, er soll sich in ihr Stammbuch schreiben.“

*

Eine junge Dame, glühende Verehrerin Jean Pauls, befand sich, ohne ihr Glück zu ahnen, in einer Gesellschaft an seine Seite. Der übelgelaunte Dichter war nichts weniger als galant gegen seine Tischnachbarin und eben so kärglich und kurz in seinen Worten. Man brachte seine Gesundheit aus, und lebhaft ergriffen wandte sich die Dame mit der Frage an ihn: „Wie, Sie sind der Dichter, dessen Werken ich die erhabensten Stunden verdanke?“ Beschämt küßte Jean Paul ihr die Hand, indem er sagte: „Ich bin der Verfasser der „Flegeljahre“, aus denen ich Ihnen soeben einige Züge gab.“

*

Ein junger Poet brachte Jean Paul ein dickes Heft mit Versen, mit der Bitte, sie durchzusehen und bei jeder Stelle, die eine Verbesserung erfordern möchte, ein Kreuz zu machen. Als der junge Mann nach einigen Wochen wieder erschien, um das Heft abzuholen, erstaunte er, daß er beim Aufschlagen kein Kreuz fand. „Hätte ich aus Ihrem Manuskript einen Friedhof machen sollen?“ fragte Jean Paul und wandte den Rücken. H. G.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Jean Pauls 100. Todestag.** Am 14. November 1825 starb Jean Paul Friedrich Richter, mit seinem Dichternamen Jean Paul. Geboren ist er in Wunsiedel im Fichtelgebirge als Sohn eines Rektors. Der außerordentlich begabte Knabe entwickelte sich schnell, hatte aber, als er in seiner Studienzeit mit literarischen Arbeiten begann, zunächst kein Glück, bis er dann im Laufe der Zeit zu einer Berühmtheit und Beliebtheit im damaligen Deutschland gelangte, von der wir uns heute kaum eine Vorstellung machen können. Man lese die Rede, die Ludwig Börne am Grabe des Dichters hielt, um einen Begriff zu bekommen von der Verehrung, die Jean Paul genoß. In späteren Zeiten ist dann die Beliebtheit des Dichters einer allgemeinen Unkenntnis seiner Werke gewichen, da seine Art dem heutigen Menschen gewisse Schwierigkeiten bereitet bei der Lektüre, zu deren Überwindung einige Geduld gehört, da häufig lehrhafte Abschweifungen und sentimentale Schwärmereien die poetisch schönsten Stellen der Werke umwuchern. Es scheint aber so, als ob die Hundertjahrfeier unserer Tage den Dichter des „Siebenkäs“ und des „Schulmeisterleins Wuz“ wieder mehr in den Vordergrund rücken wird. Eine ganze Reihe von Veröffentlichungen erscheint zu diesem Tage, neue Ausgaben seiner Werke, die zum Teil den Versuch machen, durch Kürzungen die Dichtungen für die heutige Einstellung leichter eingehend zu machen (eine solche Ausgabe ist zum Beispiel von Dr. Josef Müller herausgegeben) treten auf den Plan, in der Reihe der „Bücher der Rose“ erschien ein Jean Paul-Buch, das sich aus Briefen von, an und über Jean Paul zusammensetzt, und zwei umfangreiche Würdigungen dieser merkwürdigen Dichterpersönlichkeit sind in diesen Tagen veröffentlicht (die eine von Alt, die andere von dem Königsberger Literarhistoriker Walther Harich), die hoffentlich auch zu ihrem Teile dazu beitragen, daß Jean Paul dem Herzen der heutigen Deutschen wieder nähergerückt wird, wie er es verdient.

das Messer in den linken Unterarm und verletzte sich erheblich. Trotzdem er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nahm und jede Gefahr beseitigt schien, stellte sich jetzt eine nicht zu stillende heftige Blutung ein, so daß er in das Diakonissenhaus Posen übergeführt werden mußte.

* **Pakosch**, 13. November. Der „Kuj. Bote" schreibt: In Pakosch fand am vergangenen Mittwoch eine Vorwahlversammlung zu den Kreistagswahlen statt. Als einer der Redner die Worte gebrauchte: „Wir müssen darauf bedacht sein, keine Analphabeten in den Kreistag zu wählen. Dort müssen wir durch Leute vertreten sein, die einen gewissen Bildungsgrad besitzen, d. h. wenigstens lesen und schreiben können, und nicht statt ihrer Unterschrift drei Kreuze hinsetzen", erhob sich plötzlich einer der Anwesenden und unterbrach den Redner mit den Worten: „Bitte nicht persönlich zu werden!" — Den Saal durchbrauste eine donnernde Lachsalve. Hinzuzufügen ist noch, daß die Person, die sich durch die obigen Worte des Redners getroffen fühlte, ein Anhänger der Witospartei ist.

* **Pelplin**, 13. November. Die Kreistagswahlen im hiesigen Bezirk brauchen nicht abgehalten werden, da man sich auf eine einzige Liste geeinigt hat.

* **Neutomischel**, 11. November. Beim Eigentümer Heinrich Seide in Friedenwalde kam dieser Tage ein Färsenkalb zur Welt, das sonst ganz normal gewachsen war, dem aber der Schwanz fehlte. Das schwarz-weiße Kälbchen ist völlig gesund und munter.

□ **Schwarzenau**, 13. November. Der aus dem Untersuchungsgefängnis Gnesen vor einigen Wochen entsprungene Kosmala, ein schwerer Junge, ist jetzt endlich gefaßt worden. Nachdem er sich selbst die Freiheit gegeben hatte, war er der Schrecken der Umgegend, zeigte sich am hellen Tage in Marzenin und stieß Drohungen gegen angesehene Einwohner aus, so daß viele schlaflose Nächte verbrachten. Vor kurzem stahl er einem Landwirte bei Wongrowitz zwei Pferde, die er in Kongreßpolen veräußern wollte. Er hatte seinen Raub bereits bis Samarzewo bei Stralkowo gebracht, als er dort auf einem Bauernhofe gefaßt wurde. Ohne Widerstand zu leisten, ließ er sich fesseln und abführen. Der mit ihm zu gleicher Zeit entwichene Raubmörder Kaczmarek ist leider noch nicht ergriffen.

* **Thorn**, 10. November. Am Sonnabend wurde auf dem Hauptbahnhof ein etwa dreijähriges, umherirrendes Mädchen vom Polizeiposten in Gewahrsam gebracht. Das Kind gibt an, Wanda Loszka (Loschek?) zu heißen. Es liegt die Vermutung vor, daß die Kleine geraubt worden ist und zu unlauteren Zwecken (Bettelei) dienen sollte. — Erstochen wurde in der Nacht zum Montag der Eisenbahner Franciszek Słowiński, als er sich in Begleitung seiner Schwester und zweier ihrer Freundinnen von einem Tanzvergnügen in einer Gastwirtschaft der Königstraße nach Hause begab. Ihnen folgte ein gewisser Sawicki und stellte sie, indem er ihnen den Weg verlegte. In dem entstehenden Handgemenge zog Sawicki plötzlich einen Dolch und stieß ihn seinem Gegner in die linke Seite. Der Getroffene brach zusammen und war bald darauf eine Leiche. St. wurde verhaftet, desgleichen die drei Mädchen, die aber wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. S. behauptet, im Rausche gehandelt und nicht gewußt zu haben, was er tat. Der eigentliche Grund scheint aber Eifersucht gewesen zu sein.

Aus dem Gerichtssaal.

s. **Posen**, 11. November. In Zegrze wohnen zwei Hebammen Bartkowiak und Daszyńska, die sich gegenseitig schwer hassen. Die Bartkowiak faßte nun mit ihrem Sohne gegen die D. folgenden teuflischen Plan: Die D. sollte abends hinausgelockt werden, angeblich um Hilfe zu leisten. Unterwegs sollte ihr dann Salzsäure ins Gesicht geschleudert werden, und für den Fall des Mißlingens sollte ein Revolver das Weitere tun. Gegen das Versprechen einer Belohnung fand Bartkowiak auch jemanden, der den Plan ausführen wollte. Der gedungene Mann hatte sich aber die Sache unterwegs überlegt und gestand es der D. und ihrem sie begleitenden Ehemann ein. Das Gericht verurteilte die Bartkowiak zu 10 Monaten Gefängnis. — Die Bureaubeamtin Marja Przywarska und die Arbeiterin Walentyna Przybylska beide in der Wielkopolska Wytwornia Chemiczna tätig, stahlen systematisch Seife und schädigten das Geschäft um 8000 zł. Das Gericht verurteilte die Przywarska zu einem Jahr Gefängnis, die Przybylska zu zwei Monaten Gefängnis.

* **Graudenz**, 8. November. Wegen Diebstahls hatte sich das Dienstmädchen Boleslawa Rucińska, das seine Dienstherrin, Frau Wasielewska, um 2300 zł bestohlen hatte, zu verantworten. Außerdem hatte die R. noch 1000 zł, zwei goldene Fingerringe mit Brillanten einer Frau Polus in Bromberg entwendet. Von den 2300 zł kaufte sich die R. Kleiderstoff, eine goldene Uhr und ein Armband und entfloh im Auto nach Bromberg, wo sie bei der Frau Polus in Dienst trat und schon nach einigen Tagen die 1000 zł nebst den Ringen stahl. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft.

Sport und Spiel.

Warta—58. p. p. Der polnische Armeemeister tritt am Sonntag um 2 Uhr nachmittags auf dem Warta-Platze gegen den Bezirksmeister an. Das Spiel verspricht im Zusammenhang mit den letzten Resultaten sehr interessant zu werden.

Wettervoraussage für Sonntag, 15. November.

= **Berlin, 14. November. Ziemlich trübe, ohne erhebliche Niederschläge; Temperatur einige Grade über Null.**

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

Sp. L. in P. Uns sind die Bestimmungen über österreichische Lebensversicherungsanstalten leider nicht bekannt. Wir bedauern daher, Ihre Frage nicht beantworten zu können.

W. G. Dr. in Strz. Ihre Anfrage ist nicht ganz klar. Wenn wir diese recht verstehen, hat der Käufer das Restkaufgeld Ende September 1922 bezahlt. Haben Sie dieses vorbehaltlos angenommen, dann haben Sie jetzt keinen Anspruch auf nachträgliche Aufwertung. An Zinsen hatten Sie nur das Recht, die ursprünglich verabredeten zu fordern.

O. T. 1. 1. Der Vertrag hat auch heut noch seine Gültigkeit. 2. Sie können von dem Dominium keine Aufwertung verlangen, sondern nur die bei der Kreissparkasse festgesetzte, und zwar von der Kreissparkasse selbst.

M. W. Eine derartige Bestimmung enthält der Versailler Friedensvertrag nicht.

K. in P. Uns ist von Ihrer ersten Anfrage nichts bekannt. Wir bitten Sie, diese zu wiederholen.

Geschäftliche Mitteilungen.

= **Der Erscheinungstermin des ersten großen Adreßbuchs von Polen**, das im Verlage der Firma „Towarzystwo Reklamy Międzynarodowej" in Warschau erscheinen wird, hat infolge von Schwierigkeiten in der Gewinnung eines durchaus sicheren Adressenmaterials aus den östlichen Wojewodschaften verlegt werden müssen. Die redaktionellen Arbeiten, sowie der Druck des Buches sind jedoch in vollem Gange, und schon anfangs des nächsten Jahres wird dieses Werk erscheinen. Es hat im gesamten In- und Auslande bedeutendes Interesse erweckt, das der Popularität aller Rudolf Mosseschen Adreßbücher, auf denen auch das polnische beruht, gutgeschrieben werden muß.

Das Bezirkslandamt und die polnische Ansiedlerbewegung.

Dr. Johann Reiners.

I.

Fast gleich mit der Übernahme der ehemaligen preußischen Kgl. Ansiedlungskommission durch den polnischen Staat beginnt unter der polnischen bäuerlichen Bevölkerung eine Strömung lebendig zu werden, die man als polnische Ansiedlerbewegung bezeichnen kann. Sie ist ursächlich verknüpft mit dem Erlaß bestimmter Gesetze und den Maßnahmen der Nachfolgerin der Ansiedlungskommission, des Urząd Osadniczy, dessen Präsident der noch in aller Erinnerung stehende Dr. med. Karasiewicz war. Die Maßnahmen, an die hier gedacht wird, sind die Aufhebung der Pachtverträge mit den deutschen Ansiedlern und die ebenso bekannte Annullierung von über 4000 deutschen Ansiedlern. Auf diese Stellen wurden mit größter Beschleunigung polnische Siedler gesetzt, und schon im Jahre 1921 beginnt unter diesen polnischen Ansiedlern eine Bewegung, die zu einem zentralisierten Zusammenschluß drängt und auch geführt hat.

Die Veranlassungen hierfür waren Unstimmigkeiten mit den Maßnahmen und dem Verfahren des „Urząd Osadniczy" unter der Leitung des oben genannten Dr. Karasiewicz. Die damaligen Vorgänge am Ansiedlungsamt sind noch reichlich bekannt. Sie schlossen jedenfalls mit dem Ergebnis, daß Dr. Karasiewicz, gegen den in der Presse wegen seiner Geschäftsführung im Ansiedlungsamt schwere Vorwürfe erhoben worden waren, von seinem Posten zurücktrat. Seine Tätigkeit hat er noch in einer Broschüre von 75 Seiten geschildert und beschrieben, wie die Umstellung der Ansiedlungskommission zur polnischen Behörde nach und nach vorgenommen wurde. Als besonders bemerkenswert hebt Dr. Karasiewicz hervor, daß er die Arbeiteransiedlung stark und Ansiedlungsgenossenschaften in den Städten besonders geholfen habe. Das gesamte, in der oben bezeichneten Broschüre niedergelegte Material kann hier in diesem Zusammenhang nur kurz erwähnt werden.

Eine Änderung in der Rechtsstellung des Ansiedlungsamtes erfolgte auf Grund des Gesetzes vom 15. Juli 1920, dem Gesetz zur vorläufigen Durchführung der Agrarreform, der Wurzel und der Grundlage des gegenwärtig vor seiner endgültigen Annahme stehenden Agrargesetzes.

Es trat dann in der Folge eine Änderung in der Leitung des Bezirkslandamtes ein, das als eins der wichtigsten in ganz Polen bezeichnet wird, weil es die Nachfolgerin der ehemaligen Ansiedlungskommission ist und besondere Aufgaben zu erfüllen hat. Sein neuer Leiter wurde Dr. Władysław Borszewski, ein ehemaliger Beamter des Ministeriums für das preußische Teilgebiet. Dr. Borszewski steht nun an der Spitze des Posener Bezirkslandamtes und hat deshalb auch in vielen Fragen über das Wohl und Wehe — wir denken hier an die Rentenfrage und die Möglichkeit ihrer Ermäßigung durch den Präsidenten des Bezirkslandamts — der deutschen Ansiedler zu entscheiden.

Den ersten Bericht über seine Tätigkeit gab er vor einer Pressekonferenz im Juni 1923. In längeren Ausführungen sprach er sich über das Haager Gutachten zur Annullierung der deutschen Ansiedler aus. **Dr. Borszewski übte damals eine scharfe Kritik an der Verwaltung von Ansiedlungsgütern, und er sagte auf jener Pressekonferenz, daß die Verwaltungen der in dem Besitz des Bezirkslandamts sich befindenden Güter sehr vernachlässigt sei und alle Defizite brächten. Der Fiskus erlitte ungeheure Verluste. („Kurjer Poznański" vom 20. 6. 1923.)**

Am Ende des vorigen Monats trat Dr. Borszewski wieder mit einem Bericht an die Öffentlichkeit, der zur Beurteilung der vergangenen Jahre recht interessantes Material gibt. Der erwähnte Bericht findet sich abermals im „Kurjer Pozn.". Es geht daraus hervor, daß sich im Jahre 1923 eine ziemlich laute Aktion entwickelt habe unter dem Namen „Verband der durch das Ansiedlungsamt in Posen Geschädigten" (Związku Pokrzywdzonych przez Urząd Osadniczy w Poznaniu).

Es heißt in dem Bericht wörtlich weiter: „Der groteske Name dieser Organisation, wie auch die imponierende Zahl der Mitglieder — sie überschreitet 15 000 — gibt Kunde davon, daß auf dem Tätigkeitsgebiet des Urząd Osadniczy Verhältnisse existierten, die in weiten Kreisen der Interessierten ein Gefühl der Unzufriedenheit und des Geschädigtseins hervorriefen. Diese Verhältnisse hatten ihre Grundlage in dem eigenartigen Funktionieren des Amtes, welches weder rechtlich klare Kompetenzen, noch die notwendige Anzahl qualifizierter Beamten hatte, die auch in soweit sich verantwortlich fühlten, um in jener Zeit, als sich die Verwaltung erst entwickelte, die oftmals chaotischen Verordnungen der Zentralbehörden auf diesem Arbeitsgebiet durch eigene zielbewußte Initiative zu ersetzen.

Schließlich erkannte man unter dem Druck des durch die „Geschädigten" („Pokrzywdzonych") gebildeten Fermentes an, daß die Institution des Posener Ansiedlungsamtes einer Sanierung bedürfe. Die Durchführung dieser Sanierung vertraute man im Juli 1924 (hier ist ein Widerspruch im Zeitpunkt der zitierten Berichte, sicher ein Druckfehler des „K. P.") gleichzeitig mit dem höchsten Amt des Präsidenten Dr. Borszewski an. Die Wahl war sehr glücklich, wie dies die zweijährige Tätigkeit des Herrn Präsidenten Borszewski beweist. Er ging an seine Arbeit mit einem gehörigen Vorrat an Sachkenntnissen, an Energie, Organisationstätigkeit und einer für diesen Posten unentbehrlichen Initiative im Verkehr mit den Zentralbehörden."

Es folgt dann ein Lob des „Kurjer" über die vorzügliche Tätigkeit des Herrn Präsidenten Borszewski, der schließlich wegen seiner eng begrenzten Amtskompetenzen die Absicht hatte, im Januar d. Js. von seinem Posten zurückzutreten. Diese Absicht wurde aber infolge Krankheit und eines Automobilunfalles nicht ausgeführt, Verhinderungen, die den unermüdlichen Präsidenten gezwungenermaßen von seiner Arbeit zurückhielten.

Der „Kurjer" schreibt dann weiter: „Diese Umstände kamen einigen Individuen sehr gelegen, welche in ihren ihnen selbst unklaren Zielen sich bemühten, die Autorität des Präsidenten des Bezirkslandamtes herabzusetzen. Sie erregten Unzufriedenheit mit allem, was war und was noch nicht war, und bemühten sich, sich in die Leitung dieser Angelegenheiten hineinzudrängen. Hier ist die Rede von einigen Mitgliedern des Vorstandes des Ansiedlerverbandes."

Wie aus dem weiteren hervorgeht, hat Herr Dr. Borszewski anerkannt, daß diese Organisation ihren Mitgliedern und der Ansiedlersache viel Nutzen bringen könne. Sie dürfe jedoch nicht zum „Sowjet" in den Händen böswilliger Leute werden, der nur aus eigenem Interesse, aus eigenem Ehrgeiz und zum Zwecke der Bereicherung arbeite. Ein gesundes Zusammenarbeiten mit dem Ansiedlungsamt für das allgemeine und staatliche Wohl hielt Dr. Borszewski für sehr zweckmäßig, und er interessierte sich lebhaft für die Entwicklung des Verbandes, so daß er ihm mit aller Bereitwilligkeit viele freie Zeit und viel Arbeit widmete.

Zum scharfen Konflikt mit dem Verbande kommt es während der Krankheit des Präsidenten Dr. Borszewski. Während der Krankheit des Präsidenten kam es so weit, berichtet der „K. P.", daß der Vorstand des Verbandes Verleumdungen und üble Nachreden in der Öffentlichkeit gegen den Leiter des Bezirkslandamtes verbreitete. Sowohl auf zahlreichen zu diesem Zwecke einberufenen Ansiedlerversammlungen wie auch mit Hilfe einer gewissen Presse.

Sobald Dr. Borszewski wieder hergestellt war, schreibt der „Kurjer" weiter, machte er sich an die Reinigung der Atmosphäre in seinem Konflikt mit dem polnischen Ansiedlerverband. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe hinsichtlich seiner Tätigkeit wurden durch die kompetenten Behörden einer Prüfung unterzogen, und er erhielt volle Genugtuung. Die in den Versammlungen erhobenen Anschuldigungen und verbreiteten Verleumdungen werden ein gerichtliches Nachspiel haben. Zum Zweck der Presseinformationen hielt dann Dr. Borszewski jene schon zitierte Pressekonferenz ab, auf der er in einem dreistündigen Vortrag einen Bericht über seine Tätigkeit und die Wirksamkeit des ihm unterstellten Amtes gibt.

Inzwischen ist auch der polnische Ansiedlerverband nicht müßig gewesen, und er hat auf seiner letzten Generalversammlung, die am verflossenen Sonntag stattfand, sich mit diesen Dingen befaßt.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 14. November.

Bezahlt sofort die Handwerker-Rechnungen!

Aus Handwerkerkreisen wird geschrieben:

Das alte Übel, das vor dem Kriege nicht nur in Handwerkskreisen, sondern auch in anderen Wirtschaftskreisen schwere Schäden verursachte und die weitere Fortführung der Betriebe gefährdete, nämlich das „sog. Borgunwesen", nimmt wieder in erschreckendem Umfange zu. In der Kriegs-, Nachkriegs- und Inflationszeit war dieses Übel restlos verschwunden. Jeder Gewerbetreibende glaubte sicher, daß dieses Übel nicht mehr zum Vorschein kommen würde. Es sei zugegeben, daß seit längerer Zeit eine ganz erhebliche Geldknappheit herrscht. Es wäre aber grundfalsch, wenn man hieraus den Schluß ziehen würde, daß gerade das Gewerbe und insbesondere das Handwerk gut genug wäre, auf seine gerechten und von der Gegenseite auch nicht angezweifelten Forderungen beliebig lange zu warten. Daß diese Zumutungen aber ungerecht und durch nichts begründet sind, sehen die Kunden aber meistens nicht ein. Jeder Gewerbetreibende — auch der Handwerker — benötigt zur Herstellung eines Gegenstandes das erforderliche Rohmaterial, die Zutaten und das Geld für die Löhne, sowie die allgemeinen Geschäftsunkosten. Ist das erforderliche Geld hierfür nicht vorhanden, dann muß der fehlende Teil von Banken oder Sparkassen zu meistens enorm hohen Zinsen aufgenommen werden, wenn es überhaupt zu beschaffen ist. Die allgemeinen Geschäftsunkosten, zu denen auch die Steuern und sonstigen sozialen Abgaben gehören, laufen aber weiter und werden bei Nichtzahlung in einer Eile beigetrieben, die einer besseren Sache zweifellos würdig wäre. Jedenfalls muß der Handwerker zusehen, wo er das erforderliche Geld auftreibt, um überhaupt einen Auftrag ausführen zu können. Ist dann aber wirklich der Gegenstand fertig und abgeliefert, und hofft der Handwerker, durch das erhaltene Entgelt das zur Herstellung dieses Gegenstandes aufgenommene Darlehn nebst hohen Zinsen möglichst gleich wieder abstoßen zu können, dann sieht er sich in der Regel darin getäuscht, denn der Besteller findet schon einen Grund dazu bzw. eine Ausrede, um den Handwerker auf spätere Zeiten zu vertrösten. Während dieser Zeit muß der Handwerker die hohen Zinsen aber ruhig weiterzahlen, und er kann ferner mit dem in dem abgelieferten Gegenstande liegenden Kapital nicht weiterarbeiten, da es völlig tot liegt. Soll unsere tief darniederliegende Wirtschaft gesunden und wieder hoch kommen, dann ist es Pflicht eines jeden Menschen, seinen Mitmenschen mit besten Kräften, nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen und zu helfen. Und dazu gehört auch, daß die Handwerkerrechnungen sofort bei Ablieferung der Ware bezahlt werden, damit der Handwerker in den Stand gesetzt wird, mit diesem Erlös sofort weiter zu arbeiten.

Das Gebot der Stunde muß daher lauten: **„Bezahlt sofort die Handwerkerrechnungen nach Empfang der Ware!"**

---

s. **Ordensverleihungen.** Das Kommandeurkreuz des Ordens Polonia Restituta haben ferner erhalten: Gymnasiallehrer Callier in Posen, Ingenieur Stanisław Celichowski, Abteilungsvorsteher in der Pommereller Wojewodschaft, Dr. Roman Graszyński, Abteilungsvorsteher in der Wojewodschaft Posen, Landwirt Maciej Koczorowski, Leon Leitgeber, Rat bei der Generalstaatsanwaltschaft in Posen, Kazimierz Paszkowski, Abteilungsvorsteher in der Pommereller Wojewodschaft, Zofja Rzepecka in Posen und Gräfin Marja Szembek in Posen.

s. **In den Ruhestand tritt** am 1. Januar 1926 der Direktor der 2. Strafkammer beim hiesigen Landgericht Juliusz Ansion.

X **Die Zuckerfabrik Opalenitza** beruft ihre Generalversammlung auf den 4. Dezember ein. Näheres siehe aus dem heutigen Anzeigenteil.

X **Im Kino Apollo** erlebte gestern eine ulkige Komödie mit dem Titel „600000 Frank monatlich" seine erste Aufführung. Der Milliardär John Clifford, der sich trotz seines schweren Reichtums schwer langweilt und sich mit seinem Privatsekretär Colchester in Paris aufhält, macht auf einer Eisenbahnfahrt die Bekanntschaft eines Eisenbahnwagenschmierers Amadeus Galapin (Darsteller Mikołaj Kolin), an dessen gesundem Humor er so viel Freude erlebt, daß er ihm eine Monatsrente von 600 000 Franks unter der Voraussetzung aussetzt, daß er diese jedesmal restlos verbraucht. Aber siehe da, diese Voraussetzung läßt sich von Galapin nicht erfüllen, da ihm, obschon er das Geld mit vollen Händen ausstreut, er auch um namhafte Summen bestohlen wird, immer wieder neues Geld zuwächst, besonders an der Spielbank von Monte Carlo, wo ihm ein ganz ungewöhnlich großer Batzen Geld in den Schoß fällt. Schließlich kehrt er unter Verzicht auf die Rente beglückt zu seinem Beruf als Wagenschmierer zurück, während Lord Clifford Galapins älteste, natürlich bildschöne Tochter heimführt. Wenngleich der Film eine Fülle monströser Unwahrscheinlichkeiten aufhäuft, so entfesselte er doch durch seine groteske Komik stürmische Heiterkeitsausbrüche vor den gestern ausverkauften Häusern des Apollotheaters.

□ **Kruschwitz,** 13. November. Der neugewählte Bürgermeister Stanislaus Borowiak ist durch den stellvertretenden Starosten von Strelno, Skalski, in sein Amt eingeführt worden.

Der Herr Generaldirektor.

Roman von Ernst Klein.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Während des Essens begann Reinhold in weiten Zügen ihr den ganzen Plan zu entwickeln. Eine große Wechselzentrale sollte geschaffen werden, ein Reservoir, das alle die nach Berlin strömenden Devisen auffing und verhinderte, daß sie sich in hundert und tausend kleine Schlupfwinkel verkrochen.

„Die vielen Fremden, die hier sind, müssen tagtäglich ihre Dollars, Pfunde, Franken, Gulden wechseln, — was sie eben haben. Entweder sie gehen in irgend eine Bank, die ihnen weiß Gott wieviel Prozente anrechnet, oder sie verkaufen sie bei den Schiebern, die ihnen mehr zahlen und sie trotzdem beschwindeln. Auf keinen Fall hat der Staat etwas davon. Weder die Bank noch der Schieber denken daran, auch nur eine Papiermark von ihrem Gewinn abzugeben. Der Staat weiß es, aber er ist wehrlos dagegen. Nun kommen wir mit unserer Idee und sagen dem Staate: Gib uns die Erlaubnis, überall kleine Wechselstuben zu errichten; dann verpflichten wir uns, dir auf Heller und Pfennig die Devisen abzuliefern, und zwar zu dem letzten offiziellen Kurse an dem betreffenden Tage. Du kannst jederzeit unsere Bücher einsehen und unsere Wechselstuben kontrollieren; wann du willst, und so oft du willst. Das ist doch ehrlich und anständig, nicht wahr? Ebenso ehrlich sind wir gegen unsere Kunden, denn denen wechseln wir ihre Devisen zu genau dem Kurse ein, der im Momente des Umwechselns notiert wird. Ohne Abzug, ohne Prozente. Wir verdienen dann den Unterschied zwischen dem Einwechslungskurs und dem Ablieferungskurs. Aber wir verdienen an jedem Dollar, jedem Franken! Verstehst Du das, Hanni?"

„Ja, das verstehe ich; das ist ja eine fabelhafte Idee, Reinhold!"

Sie sah ihn bewundernd an, und er lachte, selbstbewußt und naiv wie ein Kind, das sich über die Belobung der Mutter freut.

„Das Ei des Columbus. Und das schönste, wir haben den Vertrag mit dem Finanzministerium in der Tasche."

„Nein? Ja, um Gottes willen, Reinhold, wie hast Du denn das geschafft? Das Büro — — —!"

„Tüchtig muß man sein, Hanni! Das ist alles. Zugreifen muß man können."

„Doch, warum hast Du mir bis jetzt nichts davon gesagt? Glaubst Du vielleicht, ich hätte nicht den Mund gehalten?"

„Hanni, was ist denn das für ein Qua — —, für ein Unsinn! Ich wollte Dir mit etwas Fertigem kommen. Ich bin kein Mensch, der den Braten serviert, wenn er erst halb gebraten ist. Aber hör' nur weiter, ich bin noch nicht zu Ende. Alle diese Wechselstuben müssen doch eine Zentrale haben, so einen Brennpunkt gleichsam. Zu diesem Zweck gründen wir ein eigenes Bankhaus. Groß, weißt Du, nicht grad' wie die Deutsche Bankgesellschaft, aber doch etwas, was sich sehen lassen kann. Die Büros sind schon gemietet und werden jetzt eingerichtet. Unter den Linden — erstklassig, kann ich Dir sagen! Und weißt Du, wie das neue Bankhaus heißen wird: Reinhold Gehrke und Kompagnie."

„Ich bin die Kompagnie," lachte Avalescu. „Ihr Wohl, Kompagnonin!"

Hannah hob ihr Glas und stieß mit ihnen an, ohne recht zu wissen, was mit ihr vorging. Sie war ganz betäubt, mochte kaum ihren Ohren trauen.

„Ja, wie ist denn das alles so rasch gekommen?" stammelte sie.

Avalescu hielt es nun für an der Zeit, auch die Fackeln anzuzünden, die sein Verdienst beleuchteten.

„Sehen Sie, gnädiges Fräulein," sagte er, „ich habe gleich, wie ich das erste Mal mit Ihrem Herrn Bräutigam zusammengekommen bin, gemerkt, was für ein Finanzgenie in ihm steckt. Ich habe einen Blick dafür, — ich kenne die Welt und die Menschen. Ein Genie ersten Ranges, sage ich Ihnen, — Sie können stolz auf ihn sein!"

Sie hielt ihm mit dankbarem Lächeln die Hand hin, und er drückte einen feurigen Kuß darauf; doch ihr Blick strahlte dabei zu Reinhold hinüber.

„Nun," fuhr der Rumäne fort, „da habe ich mir gesagt, das ist ein Mann, dem man helfen muß. Nicht aus Nächstenliebe, sondern um sich selbst zu helfen. Es war für mich bei meinen internationalen Beziehungen ein leichtes, das nötige Kapital aufzubringen. Hundertfünfundsiebzigtausend Pfund habe ich beschafft!"

„Das ist 'ne Leistung, Hanni!"

„Das will ich meinen," stimmte sie bei. „Ich weiß aber, Herr Avalescu, Sie werden es nie bedauern."

„Ich denke nicht anders," versicherte er und unterstrich diese Versicherung mit einem Blick, den Hannah nicht hätte mißverstehen können, wären ihr Herz und Kopf nicht so voll gewesen von der übergroßen Freude.

Doch plötzlich dachte sie daran, daß sie ja nun ihre Stellung bei Heidenberg aufgeben mußte. Ohne daß sie sich darüber Rechenschaft geben konnte, warf dieser Gedanke Schatten über ihre Freude.

„Aber dann werde ich ja meinen Posten kündigen müssen," sagte sie. „Ich habe sechswöchentliche Kündigung."

Die beiden jungen Männer wechselten einen raschen Blick. Avalescu nickte Reinhold gleichsam aufmunternd zu, und dieser räusperte sich, verlegen und unsicher.

„Sieh, Hanni," begann er zögernd, „das ist selbstverständlich. Die Frau eines Bankdirektors kann nicht Privatsekretärin eines anderen sein, und wenn dieser andere auch Heidenberg heißt. Aber ich glaube, — Avalescu ist übrigens derselben Meinung, — wir müssen erst einmal abwarten, wie und ob wir überhaupt reussieren — —"

„Zweifelt Ihr daran?" lachte Hannah. „Ich nicht — ich — —"

Sie verstummte jäh. Mit Mühe und Not hielt sie an sich, daß sie nicht laut aufschrie — — —

Sie fühlte eine Hand sich leise auf ihr Knie legen, vorsichtig erst und tastend — — dann fester, entschlossener —

Die Hand drückte sie, — — und an ihrem Fuß spürte sie den Fuß Avalescus. Frech, unverschämt, brutal. — — Sein Bein schob sich direkt an das ihrige heran — — —

(Fortsetzung folgt.)

Zum Post-Abonnement.

Vom 15. d. Mts. an nehmen alle Postanstalten für unsere Zeitung Bestellungen für den Monat Dezember entgegen. Die Briefträger kommen für den Monat Dezember nicht mehr zu den Abonnenten wegen Erneuerung des Abonnements. Wer daher das „Posener Tageblatt" sich für den Monat Dezember sichern will, ist genötigt, selbst direkt bei der zuständigen Postanstalt die Bestellung aufzugeben. Man möge dies nicht versäumen.

Wir bitten die Bezieher, welche etwa bei der Post auf Nichtannahme oder Schwierigkeiten stoßen, uns sogleich zu benachrichtigen.

Es empfiehlt sich, entweder persönlich oder schriftlich bei den Postämtern die Bestellung zu veranlassen; in der Regel wird dann auch das Postamt den Briefträger zur Kassierung des Abonnementsbetrages beauftragen. Ganz wesentlich ist der Umstand, daß alle Bezieher nur auf pünktlichen Empfang der Zeitung rechnen dürfen, wenn sie spätestens bis zum 25. d. Mts. das Abonnement bezahlt haben. Bei späterer Bestellung kann der Verlag nicht für pünktliche Lieferung garantieren. Es liegt im eigensten Interesse der Bezieher, diese Formalitäten zu erfüllen, also spätestens bis zum 25. d. Mts. das „Posener Tageblatt" zu bestellen. Für die Bewohner in Kongreßpolen und Kleinpolen ist ein direktes Post-Abonnement vor dem 15. Dezember d. J. noch nicht zulässig, sondern nur die Bestellung an den Verlag der Zeitung, welcher dann nach Eingang des Betrages die Zeitung täglich (wenn gewünscht unter Streifband) an die Besteller expediert oder an die betreffende Postanstalt überweist.

Die Zahlung für das Abonnement kann direkt an den Verlag oder auf unser Postscheckkonto Poznań 200 283. geschehen. Man vergesse nicht, auf der Rückseite des Coupons zu bemerken: „Für Abonnement der Zeitung". Bezieher, welche die Bestellungen bis zum 25. d. Mts. bestimmt erledigen, dürfen auch auf pünktliche Ueberweisung und den Empfang der Zeitung rechnen.

Posener Tageblatt.



Handel, Wirtschaft, Finanzwesen, Börsen.

Die neueste Revision des polnischen Zolltarifs

steht in engem Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, deren jetzt schon fast um zwei Monate verzögerte Wiederaufnahme eigentlich bereits vorige Woche erfolgen sollte, aber angeblich wegen nachträglicher Änderung einiger Positionen aus der schon am 30. Oktober von den zuständigen polnischen Ministern unterzeichneten Verordnung wiederum um einige Tage verschoben worden ist. Schon hieraus geht die enge Wechselwirkung zwischen dem jeweiligen Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen einerseits und den polnischen Beratungen über den Zolltarif andererseits hervor. (Denn wenn auch die Berliner Verhandlungen offizell unterbrochen waren, so dürfte doch ganz naturgemäß eine gegenseitige inoffizielle Orientierung und Fühlungnahme fortwährend bestandon haben.) Im übrigen sind es ja auch — abgesehen von der Frage des Einfuhrkontingents für ostoberschlesische Kohle, von dem Niederlassungsrecht usw. — gerade die polnischen Zollverhältnisse gewesen, die es den deutschen Unterhändlern immer so sehr erschwert haben, einem Handelsprovisorium ihre Zustimmung zu geben und sie veranlaßten, nach einem endgültigen Vertrag zu streben. Diese Verhältnisse, die es Herrn Grabski ermöglichten (auf Grund eines außerordentlich weitgehenden Gesetzes über seine finanziellen Vollmachten), die Zollsätze nach Gutdünken herauf- und herabzusetzen, brachten von vornherein das Gefahrmoment größter Unsicherheit in die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder hinein und haben denn auch, schon ehe man an den Kohlenkonflikt ernstlich dachte, die Verhandlungen dauernd gestört. Diese neue Zollrevision soll nun die letzte, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mögliche sein. Wie weit sie den berechtigten deutschen Forderungen entgegenkommt, läßt sich an der Hand der bis heute vorliegenden polnischen Verlautbarungen noch nicht genau übersehen. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, von der Verordnung, die am 1. Januar 1926 in Kraft treten soll, eine Inhaltsangabe zu machen, die im wesentlichen auf Mitteilungen der neuesten Nummer des offiziösen Organs des Handels- und des Finanzministeriums in Warschau („Przemysł i Handel") beruht. Danach ist von der Gesamtzahl von 1450 Zollsätzen des Tarifs vom 26. Juni 1924 beinahe die Hälfte abgeändert worden. Unverändert geblieben sind diejenigen Sätze, die schon durch die Verordnungen vom 19. Mai und 31. August d. J. erhöht oder herabgesetzt worden sind. Die Veränderungen bestehen erstens in der Erhöhung einer Reihe von Zollsätzen, zweitens in der Differenzierung einiger Positionen durch Einfügung einiger neuer Punkte oder Ausgestaltung der schon bestehenden Punkte (Unterabsätze), wobei die Zahl der Positionen unverändert geblieben ist, drittens in der Herabsetzung verschiedener Zollsätze unter Berücksichtigung der autonomen Zollermäßigungen, die bis zum 1. August d. J. bestanden haben, und des für die nächsten Jahre anzunehmenden Programms der inländischen Produktion. Von den im ganzen 750 veränderten Sätzen sind die meisten um nicht mehr als 25 Prozent erhöht worden. Nur etwa 200 Sätze sind um mehr als 25 Prozent gesteigert worden. Durch Differenzierung sind zirka 150 neue Sätze geschaffen worden, darunter zirka 10 für Waren, die bisher zollfrei eingeführt werden konnten (hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte). Herabgesetzt wurden etwa 70 Sätze, und zwar für Waren, die im Inlande nicht hergestellt werden und deren heimische Erzeugung auch in den nächsten Jahren unwahrscheinlich ist. Abgeschafft wurden ferner einige Zölle, darunter der für Kupfer.

Die Zollerhöhungen bezwecken (nach der offiziösen polnischen Darstellung) entweder die Anpassung des Zolles an den Warenpreis oder die Sicherung eines ausreichenden Zollschutzes. Zu dieser ersten Kategorie gehört die Gruppe der Kautschuk-Erzeugnisse, deren Sätze um 300 Prozent erhöht wurden, ferner Stahlwerkzeuge und Instrumente zur Metallbearbeitung, deren Sätze bisher gegen 5 Prozent der Preise für leichte und Präzisionsinstrumente betrugen und künftig im Durchschnitt 15 Prozent (und weniger) der Auslandspreise betragen werden, ebenso auch Edelstahl. In 40—50 Fällen sind Erhöhungen vorgenommen worden, die mehrere 100 Prozent der alten Sätze ausmachen. Die Zollerleichterungen, die auf erhöhten Zollschutz und Beschränkung der Einfuhr hinauslaufen, gehen nicht über 50—100 Prozent der bisherigen Sätze hinaus. Hier sind die meisten Änderungen in der Gruppe der Metall- und technischen Artikel (Gruppe 7 des Tarifs) vorgenommen worden, und zwar Erhöhungen auf 40—45 Prozent des Warenwertes. Im ganzen sind von dieser Gruppe etwa ¾ der Zollsätze geändert und über die Hälfte um mindestens 25 Prozent erhöht worden. Unbedeutend sind die Änderungen, welche die Sätze der Textilgruppe erfahren haben, in der außer Seiden- und leichten Baumwollplüschwaren die Zollerhöhungen nicht über 25 Prozent hinausgingen. Wollgewebe, rohe und gebleichte Baumwollgewebe sowie Baumwollgarn haben dieselben Sätze behalten. Gefärbte Baumwollgewebe werden um 15 Prozent höher verzollt. Bedeutender sind die Steigerungen der Sätze für tierische Produkte (Gruppe 3). Hier werden gegerbte Leder, Sohlen- und Oberleder um 50 Prozent, Schuhwaren (mit Ausnahme der schweren, wie Militärstiefel und Langschäfter) um 50—80 Prozent höher verzollt. Auf Grund der neuen Sätze werden die autonomen Zölle für Sohlenleder 30—35 Prozent des Wertes, für Oberleder zirka 40—50 Prozent und für Schuhwaren im Durchschnitt 40 Prozent der ausländischen Preise ausmachen.

Die Differenzierung nach dem Gewicht der bisher summarischen Zollsätze hat zu prozentual bedeutenden Zollerhöhungen für Waren von geringem Gewicht geführt. Dies ist auf Drängen der heimischen Produzenten zur Erlangung besseren Zollschutzes geschehen. So sind in der Position 167, Punkt 1 (nicht besonders genannte Maschinen und Apparate, komplett und nicht komplett, zusammengesetzt oder in Teilen) statt des bisherigen einen Satzes, 5 Sätze und in der Position 167, Punkt 26 (Apparate, außer den besonders genannten) statt der bisherigen drei zwölf Sätze geschaffen worden. Im Zusammenhang mit dieser Differenzierung ist auch der Zollsatz für Maschinen bzw. leichtere Apparate erhöht worden.

Die Zollherabsetzungen, welche gewissermaßen an die Stelle der aufgehobenen Verordnung über Zollermäßigungen treten, beziehen sich namentlich auf pflanzliche Gerbstoffe, rohe tierische und Pflanzenfette, einige Produkte zur Herstellung von Farbstoffen, auf landwirtschaftliche Maschinen, Garn von roher Seide und deren Abfälle und Kammgarn.

Entgegen den von interessierter Seite erhobenen Forderungen sind zwecks Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten verschiedene Zölle für Lebensmittel nicht erhöht worden. Getreide und Mehl mit Ausnahme von Weizenmehl bleiben zollfrei, Unverändert sind, insbesondere die Sätze für Grützen, Speisefette, wie Butter, Schmalz Margarine, Speck sowie Fleisch und Eier geblieben. Erhöht wurden dagegen die Zollsätze für Produkte der Tierzucht, und zwar für Ochsen auf 90 Złoty, Kühe 60, Pferde 200, Kleinvieh 30 Złoty je Stück. Erhöht wurde auch der Zollschutz für die heimische Fischzucht. Nicht erhöht sind dagegen die Zölle für landwirtschaftliche Produktionsmittel, insbesondere für Dünger und eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Maschinen. — Die prozentuale Belastung der Einfuhrwaren durch die Zölle der einzelnen Tarifgruppen — wobei die Differenzierung innerhalb einer jeden Gruppe ziemlich bedeutend ist — läßt sich dem Werte nach etwa folgendermaßen darstellen: Gruppe I (Lebensmittel und Tiere) 1,5—40 Prozent, Gruppe II (tierische Produkte und Erzeugnisse daraus) zirka 40 Proz., Gruppe III (Holz und Holzwaren) zirka 30 Prozent, Gruppe IV (Baustoffe und keramische Erzeugnisse) zirka 45 Proz., Gruppe V (Brennstoffe, Asphalt, Pech und Erzeugnisse daraus) zirka 30 Prozent, Gruppe VI (chemische Stoffe und Erzeugnisse) zirka 45 Proz., Gruppe VII (Erze, Metalle und Metallwaren) zirka 45 Proz., Gruppe [illegible] (Papier, Papierwaren und Druckereierzeugnisse) zirka 35 [illegible]tilerzeugnisse) 30—35 Proz.

Was das Verhältnis des revidierten Zolltarifs zu den unterzeichneten Handelsverträgen betrifft, so hat sich die polnische Regierung entschlossen, die autonomen Zölle für Waren, auf die von polnischer Seite prozentuale Konventionsermäßigungen zugestanden worden sind, nur in solchen Fällen zu ändern, in denen es die lebenswichtigen Interessen des Staates erfordern. Die meisten der Waren, die mit prozentualen Ermäßigungen in den Handelsverträgen genannt sind, wurden von der neuen Zollerhöhung ausgenommen. Da an dem Zugeständnis der zolltariflichen Meistbegünstigung für Deutschland wohl kaum mehr zu zweifeln ist, würde Deutschland automatisch auch in den Genuß der vertragsmäßig anderen Staaten (z. B. der Tschechoslowakei) gegenüber von Polen gewährten prozentualen Ermäßigungen der autonomen Sätze treten. Vor allen Dingen aber liegt hier nun endlich eine Stabilisierung des bisher allen möglichen Schwankungen ausgesetzten polnischen Zolltarifs vor, mit der sich — so oder so — für immerhin längere Zeit bestimmt rechnen läßt, und auf deren Grundlage überhaupt erst ernsthafte Verhandlungen über etwaige deutsche Zugeständnisse auf zolltariflichem Gebiet oder hinsichtlich der Einfuhrregelung für Waren, an deren Export Polen besonders gelegen sein muß, beginnen können.

Bilanz der Bank Polski.

Aktiva.	31. 10. 25	20. 10. 25
Gold in Barren und Münzen	13[illegible] 310 49[illegible].89	132 117 583.90
Valuten, Devisen usw.	6[illegible] 965 [illegible]5.[illegible]8	62 [illegible]36 047 41
Silber und Scheidemünzen	6 367 098.37	18 466 835.72
Wechsel	89 8[illegible]1 319 56	28[illegible] 2 [illegible]5 576 94
Anleihen (durch Zinspapiere gedeckt)	32 93 710.29	19 825 [illegible]61.29
Reportvorschüsse	36 1[illegible]2 165.82	34 950 265 82
Kurzfristige, diskontierte Papiere	17 873 075 —	18 89 175 —
Zinslose Kredite an den Staat	50 [illegible]0 000 —	50 000 000.—
Mobilien und Immobilien	33 743 626.70	33 713 470 19
Andere Aktiva	38 288 [illegible]02 34	[illegible]8 123 73[illegible] 26
	697 925 [illegible]45.65	688 8[illegible]7 [illegible]4[illegible] 53
Passiva.		
Grundkapital	100 000 000.—	100 000 000.—
Reservefonds	1 197 [illegible]9.80	1 197 009.80
Banknotenumlauf	382 434 260.—	370 [illegible]3[illegible] 105.—
Girorechnungen u. and. sofort fällig Verpflichtungen:		
Staatskasse	11 [illegible]91 237.42	960 747.79
Girorechnungen	46 834 654.42	63 2 6 415.61
Verschiedene	41 944 826.76	40 731 561 22
Zahlungsverpflichtungen i. Valuten	16 315 811.[illegible]9	18 118 144.47
Reportverpflichtungen	36 1[illegible]3 [illegible]17.04	34 94[illegible] 619.92
Andere Passiva	61 224 02 .32	59 1[illegible]6 143 72
	697 925 045.65	68[illegible] 827 747 53

Der vorstehende Ausweis zeigt keine Veränderungen, die den Schluß auf eine baldige Besserung der Geldflüssigkeit zuließen. Bemerkenswert ist das Bestreben der Bank Polski, ihre Bilon-Bestände möglichst niedrig zu halten. Von dem ausgewiesenen Goldbestand befinden sich 51,5 Millionen im Ausland. Leider ist nicht genau bekannt, wieviel von dieser Summe schon gegen erhaltene Anleihen verpfändet ist; die verpfändete Summe käme als Deckung für die umlaufenden Noten nicht mehr in Betracht. Infolgedessen ist die tatsächliche Deckung wesentlich geringer als nachstehend berechnet ist. Zieht man den gesamten Goldbetrag zur Deckung heran, so beträgt diese 34,6% (gegen 35,7% am 20.10.) und die Deckung durch Gold- und Valuten (wobei 16.3 Mill. „Zahlungsverpflichtungen in Valuten" vom Bestand abgezogen sind) 46.3% (47.4%).

Märkte.

Getreide. Lodz, 13. November. Für 100 kg der Firma Deutschmann in Kalisch. Spezialroggenmehl 34, Luxusmehl 33, „0000" 31½, „00" 22, Notierungen der Gebr. Kowalski-Kalisch. W.-Mehl I. Sorte für 100 kg 41.70, für 82 kg 34.25, f. 80 kg 33.35, „000" für 100 kg 26.00, Notierungen der Firma Zelechowski-Lowicz „0000" für 82 kg 36, „0000" A 33, Roggenluxusmehl 33.50, „0000" 32.

Krakau, 13. November. Für 100 kg franko Verl.-Station. Dom.-Weizen 26½—27, Handelsweizen 24½—25, Dom.-Roggen 78—70 kg 19½, Handelsroggen 65—67 kg 18—18½, Dom.-Hafer 20—21, Handelsfutterhafer 19—20, Graupengerste 20—21, Leinkuchen 29—30, Rapskuchen 22—23, mittl. Heu 5.75, Winterraps 44—48, Leinsamen 47—48, blauer Mohn 100—115, inl. Kümmel 95—105, Speisekartoffeln 5.05—5½, 50proz. Krakauer W.-Mehl 50—52, 50proz. Kongr.-Mehl 56—40, 60proz. Krak. R.-Mehl 32 bis 32.50, 65proz. Posener R.-Mehl 32½—33½, W.-Kleie 11½—12, R.-Kleie 11—12. Tendenz etwas besser.

Warschau, 13. November. Für 100 kg franko Verl.-Station. Kongr.-Roggen 118 f hol 16.50, Rapskuchen 18.50, W.-Kleie 12½. Tendenz unbeständig.

Berlin, 13. November. Für 1000 kg Getreide- und Ölsaaten, Mehl und Kleie für 100 kg loko Berlin. Märk. Weizen 223 bis 226, märk. Roggen 136—139, Braugerste 184—208, neue Wintergerste 148—160, märk. Hafer 162—178, W.-Mehl 27—31¼, R.-Mehl 22—22¼, W.-Kleie 11.20—11.30, R.-Kleie 9—9.20, Viktoriaerbsen 23—31½, Speiseerbsen 22—24, Futtererbsen 18—20, Peluschken 16—18, Feldbohnen 19—22, Wicken 22—25, blaue Lupinen 11½—12½, Rapskuchen 14—14.20, Leinkuchen 21.20—21.50, Kartoffelflocken 12.70—12.90, Speisekartoffeln 1.50—1.60—2.00 Allg. Tendenz fester.

Hamburg, 13. November. Not. ausl. Getreidearten für 100 kg in hfl. November Lieferung. Manitoba Weizen I. 14.80, II. 14.50, III. 14.10, Rosafe für Jan.-Febr. 14.30, Baruso Jan.-Febr. 13.80, Dunaj russische Gerste 8.55, indische 4.60, Malting Barley loko 8.30, November 8.55, Roggen Western Rye II. 9.60, Mais La Plata 9.45, Dunaj bessarabischer 9.45, mixed II. für Dezember 9.50, gelber Mais VI 9.20, Whiteflat II. 9.20, La Plata für November-Dezember 9.60, Hafer Canada Western II. 10.80, III. 9.90, Whiteclipped 9, Canada Fez I. 9.40. Tendenz fest.

Metalle. Berlin, 13. November. Raffinadekupfer 99—99.3% 1.215—1.225, Orig.-Hüttenrohzink i. fr. Verkehr 0.78—0.79, Remelted Plattenzink gew. Handelsgüte 0.665—0.675, Originalhüttenaluminium 98—99% in Blocks, Barren gew. und gez. 1.35—1.40, dasselbe in Barren gew. und gez. in Drahtbarren 2.40—2.45, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.58—1.62, Elektrolytkupfer für 100 kg 139.

Edelmetalle. Berlin, 13. November. Silber mind. 0.900 f in Barren 96—97 Mk. für 1 kg Gold i. fr. Verkehr 2.80—2.82 pro Gramm, Platin i. fr. Verkehr 14.25—14.75.

Aktiengesellschaften.

s. **Die bekannte Schokoladenfabrik „Goplana** gibt bekannt, daß sie wegen Geldschwierigkeiten nicht imstande sei, die fällige Dividende zu bezahlen.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 14. November 1925.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	22.70—23.70	Gerste	17.50—19.50
Roggen	14.80—15.8[illegible]	Hafer	16.00—17.00
Weizenmehl (65 % inkl. Säcke)	37.00—40.00	Felderbsen	21.00—22.00
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	24.65—25.65	Viktoriaerbsen	27 00—[illegible]0.00
Roggenmehl (65 % inkl. Säcke)	25.65—26.65	Weizenkleie	9.75—10.75
Braugerste prima	20.8[illegible]—21.80	Roggenkleie	9.75—1[illegible].75
		Eßkartoffeln	—.—
		Fabrikkartoffeln	2.10—2.30

Tendenz: nicht einheitlich.

Posener Börse.

	14. 11.	13. 11		14. 11.	13.11.
4 Pos. Pfdbr. alt	11,00	——	Herzf. Vikt I.-III.	—.—	2,25
6 listy zbożowe	—,—	4,10	Juno I.-III.	—,—	—,—
8 dolar. listy	2,40	2,4[illegible]	Lubań I.-IV.	60,[illegible]0	60 00
5 Poż. konwers.	—.—	—,—	Dr. R. May I.-V.	21,50	21.50
10 Poż. kolejowa	—,—	—,—	Młyn Ziem. I.-II.	——	—,—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII	—,—	2,0[illegible]	Płótno I.-III.	——	—,—
Bk. Przemysł. I.-II.	—,—	—.—	Pneumatyk I.-IV.	—,—	—.—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	—,—	—.—	Sp. Drzewna I.-VII.	—,—	0,25
Arkona I.-V.	—.—	——	Sp. Stolarska I.-III.	——	—.—
Barcikowski I.-VII	—,—	——	Br. Stabrowscy	1,00	—,—
Cegielski I.-IX.	——	—,—	Star. Fab. Mebl. I.-II.	——	——
Centr. Rolnik. I.-VII.	0,50	—,—	Tri I.-III.	——	13,00
Centr. Skór I.-V.	—,—	—,—	Unja I.-III.	—,—	[illegible],25
Goplana I.-III.	1,40	1,5[illegible]	Wag., Ostrowo I.-IV.	—,—	—,—
C. Hartwig I.-VII.	—,—	0,40	Wytw. Chem. I.-VI	0,[illegible]5	0,27
Hartw. Kant. I.-II.	—,—	—.—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—,—	1,10

Tendenz: schwach.

Warschauer Börse.

Devisen (Geldk.):	13. 11.	12. 11.		13. 11.	12. 11.
Amsterdam	—.—	—.	Paris	25.8[illegible]	24 34
Berlin*)	[illegible]50.56	[illegible]43.67	Prag	——	—.—
Helsingfors	—.—	—.—	Stockholm	—.—	—.—
London	30.61	29.57	Wien	—.—	—.—
Neuyork	6.22	6.00	Zürich	121.75	117.84

*) über London errechnet.

Effekten:	13.11	12. 11		13 11.	12. 11
8% P. P. Konwers.	70.00	70 —	Nobel III.—V.	1.0[illegible]	1.05
5% "	43.50	43.50	Lilpop I.—IV.	0.45	0.45
6% Poż Dolar.	69.50	—.—	Modrzejow. I.—VII	2.1[illegible]	1,95
10% Poż. Kolej. S. I.	5.00	85.00	Ostrowieckie I.-VII.	3.8	3.80
Bank Dysk. I.—VII	5.00	5.[illegible]0	Starachow. I.—VIII	0.96	0.90
B Handl. W. XI.-XII	2.65	2,6[illegible]	Zieleniewski I.-V.	—.—	8.75
B. Zachodni I.-VI.	1.25	1,25	Zyrardów	5.60	5.60
Chodorów I.-VII.	4.70	4 65	Borkowski I.-VIII.	—.—	0,58
W. T. F Cukru	1.50	—,—	Haberbusch i Sch.	4.4[illegible]	—,—
Kop. Węgli I.-III.	1.16	1,17	Majewski	13.0[illegible]	—,—

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	14. 11.	13. 11.	Devisen (Geldk.	14. 11.	13. 11.
London	20.332	20.33[illegible]	Kopenhagen	1[illegible]3.7[illegible]	103.54
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	84.69	84.69
Rio de Janeiro	0.622	0.622	Paris	16 91	17.12
Amsterdam	168 82	168.82	Prag	12.425	12.42
Brüssel	19.[illegible]3	19 05	Schweiz	80.8[illegible]	80.83
Danzig	80.60	80 61	Bulgarien	3.04	3.04
Helsingfors	10.5[illegible]	10.555	Stockholm	112.17	112.15
Italien	16.96	16.98	Budapest	—.—	—.—
Jugoslawien	7.43	7.43	Wien	59 08	59.11

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	14. 11	13. 11.		14. 11.	13. 11.
Harp. Bgb.	* —	* 98¼	Görl. Wagg.	19½	19½
Katt. Bgb.	9,9	—	Rheinmet.	17	—
Laurahütte	34½	34¼	Kahlbaum	—	86
Obschl. Eisenb.	* —	* 42½	Schulth. Pt.	113	111¾
Obschl. Ind	* 34½	* 33	Dtsch. Petr.	58	59
Dtsch. Kali	—	—	Hapag	* 80	* 66½
Höchst. Farbw	—	115½	Dtsch Bk.	* —	*104
A. E. G.	* 90⅛	* 90⅛	Disc Com.	*100	*101⅝

Tendenz: behauptet.

Ostdevisen. Berlin, 14. November, 10[30] nachm. Auszahlung Warschau 61.84 und 62.16, Große Polen 60.19 und 60.81, Kleine Polen 58.70 und 59.30.

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 14. November. vormittags 11[20] Uhr. Bei kleinem Geschäft waren die Kurse anfangs wenig verändert. Die Spekulation ist mit Glattstellungen für die Medio-Liquidationen beschäftigt. Für eine große Anzahl von Papieren konnte mangels Aufträgen ein erster Kurs nicht festgestellt werden.

Der Złoty am 13. November 1925. Danzig: Złoty 82.89 bis 83.11, Überw. Warschau 81.89—82.11, Berlin: Złoty 64.27 bis 64.94, Überw. Warschau 64.83—65.17, Überw. Posen oder Kattowitz 64.33—64.67, London: Überw. Warschau 29, Neuyork: Überw. Warschau 16.50, Paris: Überw. Warschau 389.50, Wien: Złoty 110.60—111.60, Überw. Warschau 110.75, Prag: Złoty 507 bis 513, Überw. Warschau 513.50—516.50, Budapest: Złoty 10 370 bis 10 570, Bukarest: Überw. Warschau 31.50, Tschernowitz: Überw. Warschau 31.00, Riga: Überw. Warschau 90.00.

1 Gramm Feingold für den 14. November 1925 wurde auf 3.9744 Złoty festgesetzt. (M. P. Nr. 264 vom 13. 11. 1924.) 1 Goldfrank = 1.1537 Złoty.

Danziger Börse vom 13. November. (Amtlich.) London 25.22, Schecks 25.21, Dollar 5.135—5.1065, Berlin 123.795—124.105.

△ s. **Devisenbanken.** In letzter Zeit haben sich verschiedene Banken als Devisenbanken bezeichnet, obwohl sie die staatliche Ernennung nicht erhalten haben. Das Finanzministerium hat die Finanzämter angewiesen, diese Banken zu warnen, da sonst gegen sie Strafantrag gestellt würde.

Konkurse.

E. Eröffnungstag. K. Konkursverwalter. A. Anmeldefrist. G. Gläubigerversammlung.

Posen. K. Sluchniński. E. 31. Oktober 1925. K. T. Łaganowski in Posen, ul. Patrona Jackowskiego 38. A. 10. Dezember 1925.

Bromberg. W. Chmurzyński. E. 6. November 1925. K, A. Kufl, ul. Krakowska 17. A. 1. 12. 1925.

Königshütte. Jan Torki. E. 3. 11. 1925. K. Kaufmann B. Nowakowski in Königshütte, ul. Sobieskiego 5. A. 14. Dezember 1925

Puck. W. Mielcarek. E. 4. November 1925. K. Czesław Krause in Puck. A. 15. Dezember.

Swiętochlowitz. Mateusz Mrozka. E. 19. Oktober 1925. K. Ewald Kloss in Königshütte, ul. Katowicka 3. A. 30. November 1925.

Myslowice. M. Kluth. E. 6. November 1925. K. St. Nowakowski in Mysłowice. A. 22. Januar 1926.

In dem Konkursverfahren gegen die Firma Albin Gwozdza in Chełmno wurde ein Termin zur Prüfung der Gläubigerschaften auf den 18. Dezember 1925 festgesetzt.

In dem Konkursverfahren gegen die Firma Nut Wasser in Kozowo tritt an Stelle des zurückgetretenen Konkursverwalters der Privatbeamte Isak Kohn in Kozowo.

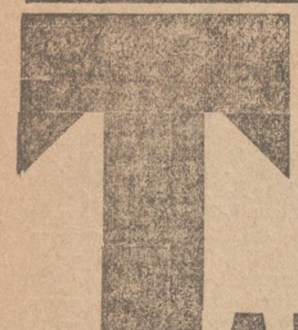
In dem Konkursverfahren gegen die Firma Samuel Brand in Jaroslau wird der für den 13. November anberaumte Termin auf den 10. Dezember 1925 festgesetzt.

In dem Vergleichsverfahren Senon Krajewski in Jaroslau wurde ein Vergleichstermin auf den 4. 12. festgesetzt.

In dem Vergleichsverfahren gegen die Firma Bernhard & Isidor Lipper in Jaroslau wurde ein Vergleichstermin auf den 9. 12. festgesetzt.

In dem Vergleichsverfahren gegen die Firma Aron Isaak Abend in Jaroslau wurde ein Vergleichstermin auf den 9. 12. 1925 festgesetzt.

In dem Vergleichsverfahren gegen die Firma Abraham und Nachmann Gottlieb in Przemyśl wurde ein Vergleichstermin auf den 26. 11. 1925 festgesetzt.



AUSENDE HERREN

aller Stände kaufen elegante englische

Rock-Paletots 70

für noch nicht dagewesenen Preis zł.

TANI SKLEP

Inh.: Edmund Rychter, Poznań ul. Wrocławska 14-15

Tel.: 54-25, 21-71, 54-15.

Achtung! Bitte genau auf die Adresse zu achten, habe keine Filialen in Poznań noch in anderen Städten. Mit Läden ähnlicher Benennungen nicht zu verwechseln!

Pelze zł 90. 110. 150. 175. 250. 350. 475

Paletots zł 22. 35. 42. 68. 75. 90. 130

Anzüge zł 22. 28. 36. 45. 62. 75. 120

Hosen zł 3. 6. 10. 15. 18. 25. 30

Pelz-Hosen u. -Westen billig.

Leder-Paletots und -Joppen billig.

Stoffe u. Reste zu Spottpreisen! Zum Verkauf gelangen nur erstkl. Qualitäten!

Verkaufe deshalb billig, weil ich Geld und Raum gebrauche für Frühjahrswaren.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden zur

ordentlichen

Generalversammlung

in der Zuckerfabrik

am Freitag, dem 4. Dezember, vorm. 10½ Uhr

ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz, Erteilung der Decharge.
2. Festsetzung der Dividende.
3. Wahl zum Aufsichtsrat.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung nebst Geschäftsbericht liegen vom heutigen Tage an im Geschäftszimmer der Zuckerfabrik aus.

Vollmachten zur Generalversammlung von Besitzern von Namens-Aktien sind spätestens am 2. Dezember 1925 an unseren Vorstand einzusenden.

Besitzer von Inhaber-Aktien sind zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt, wenn sie sich spätestens am 1. Dezember 1925 zur Teilnahme angemeldet haben, und sich in der Generalversammlung als Inhaber von Aktien legitimieren. Diese Legitimation erfolgt entweder durch Vorlegung der Aktien in der Generalversammlung selbst oder durch Niederlegung der Aktien spätestens am 1. Dezember 1925 bei der Fabrik selbst oder bei einem Notar oder bei der Bank für Handel und Gewerbe, Poznań, der Bank Cukrownictwa, Poznań oder der Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego, Poznań.

Opalenica, den 20. Oktober 1925.

Cukrownia-Zuckerfabrik-Opalenica T. A.

Der Aufsichtsrat:

von Tempelhoff, Vorsitzender.

Besteller, die im November

inländische Pottasche-Düngemittel:

Kałuszer Kalisalze

und

Strebnitzer Kainit

bestellen, erhalten einjährigen, billigen, teilweise sogar unverzinslichen Kredit und die Garantie pünktlicher Lieferung.

Diese Erleichterungen sind aber nur für den November bindend.

Bestellungen können bei allen landwirtschaftlichen Organisationen und bei landwirtschaftlichen Handelsfirmen gemacht werden, die auch genaue Informationen erteilen.

Spółka Akcyjna Eksploatacji Soli Potasowych

Lwów, plac Smolki 5.

Bei Hebamme

finden Damen liebevolle Aufnahme. Diskretion zugesichert

Poznań Zentrum,

Romana Szymańskiego 2,

.. Stock links.

Foto-Akten.

Natur-Aufnahmen französischer Schönheiten für Liebhaber und Sammler in künstlicher Ausführung. Größe 9½×14 cm. Kollektion A., enth. 50 St. (jede eine andere), 10 zł.. B. (100 St.) 18 zł. Porto und Verpackung 90 gr. Versand per Post unter Nachnahme. Bei Voreinsendung des Betrages Porto franco.

Kunstw. „SUCCRETTA",

Warszawa, Postfach 598 P. T.

Centralin

Schnellmastpulver

lobt jeder.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Harzer Kanarienhähne

fleißige Sänger, verkauft. Versende gegen Nachnahme nach außerhalb.

Pawelczak,

Poznań-Wilda

Generała Umińskiego 25 III l



Klubgarnituren

Chaiselongues

Auflege- und Spiralfedermatratzen

Feldbettstellen

Polstermöbelfabrik

M. Sprenger, Poznań, św. Marcin 74.

Wir empfehlen bestens sämtlichen, insbesonders Lungen-, Nieren- und Magen-Kranken unsere neueingeführte, ungesalzene

Sanitätsbutter,

hergestellt aus pasteurisiertem süßen Rahm.

In allen einschlägigen Delikatessen- und Buttergeschäften zu haben.

An Großabnehmern geben wir neben obiger auch

Ia Tafelbutter

in jeder beliebigen Menge zu besonders günstigen Preisen ab.

Außerdem können wir dem geehrten Publikum wiederum mit

Limburger Sahnenkäse,

wie in der Vorkriegszeit dienen.

Mleczarnia Poznańska — Posener Molkerei,

Poznań, ul. Ogrodowa 14. Telephon 33-44.

Goldartikel! **Brillanten** Silberartikel!

Boutons, Ohrringe,

Ringe, Uhrgehänge, Broschen,

Pariser Fassons.

B. Tarkowski, Poznań,

plac Wolności 11

(Säulengang).

Billigste Einkaufsquelle

Platery! Große Auswahl!



Weine und Spirituosen

Karol Ribbeck

Inhaber: ALEKSY LISSOWSKI

Telephon 3278 POZNAN Pocztowa 23

Gegründet 1876.



Edle Obstweine

Château Rouge, Bordeaux-Charakter

Excelsior, Rheinwein-Charakter

garantiert rein

vollmundig rassig

empfiehlt

Brauerei u. Obstweinkelterei

Richard Hirsch, Ostrów.

1)

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Dezember 1925

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße

Heizöfen, Kambüsen und Quintöfen

sowie dazu passende Ofenrohre und Ofenkniee

sämtliche Ofenersatzteile

in reichhaltiger Auswahl.

Fa. „ŻELAZO"

dawn.: Gustav Hempel

Poznań, ul. Pocztowa 25. Telephon 3453.

Fenster-Glas

Ornament-, Kathedral-, Roh-, Draht-, **Gartenglas,** Glaserkitt, **Spiegel,** Diamanten usw.

empfehlen

Polskie Biuro Sprzedaży Szkła, T. z ogr. por.

dawniej M. Fuss,

Poznań, Małe Garbary 7a (Tel. 28-63).

Kaufe Wild und Geflügel

A. Brandt, Czarnków, ul. Wieleńska 127.

Wanzenausgasung.

Dauer 6 Stunden.

Einzige wirksame Methode.

AMICUS, Kammerjäger,

Poznań, ul. Maleckiego 15 II.

Hasen, Rehe, Fasanen

suche im Auftrage einer deutschen Großfirma zu kaufen. Kasse gegen Duplikatfrachtbrief oder bei Uebernahme. Offert mit Preisangabe sind zu richten an

Dom Ekspedycyjno Handlowy

Fr. Przybylski, Zbąszyń, Telephon [illegible]

Feste Haltung des deutschen Zentrums gegenüber dem Locarnopakt.

Es verlangt Rückwirkungen — nicht nur „den Geist“ von Locarno, sondern auch Tatsachen.

In Trier im Rheinland hielt die deutsche Zentrumspartei eine große bedeutsame Versammlung ab, in welcher der Prälat Kaas als Redner sprach. Nach einem Bericht der „Berl. Börsenztg.“ betonte er einleitend:

„Der Donner der französischen Kanonen auf dem Petrisberge dicht bei Trier habe uns an den schmerzlichsten und düstersten Tag der neueren deutschen Geschichte erinnert. Auch der laute Donner der Kanonen sei nicht imstande, die Sprache der wirtschaftlichen und politischen Vernunft zu übertönen. Auf den Vertrag von Locarno übergehend, erklärte Kaas, er rechne sich auch zu den Leuten, die sich mit dem „Geist von Locarno“ nicht begnügen wollen, sondern greifbare Beweise für die Wirklichkeit und Tatsächlichkeit dieses Geistes erwarteten, bevor sie ihr letztes Wort über Locarno aussprechen. Immerhin bedeute Locarno einen erfreulichen Fortschritt: Locarno sei die Feuer- und Wasserscheide zwischen dem, was man den Geist von Versailles nennt, und dem, was man heute noch nicht, hoffentlich aber in absehbarer Zeit den Geist von Europa nennen könne. Er sei immer ein energischer Anhänger des Offensivgeistes gewesen, mit dem Minister Stresemann die Sicherheitsfrage behandelt habe; aber er hätte gewünscht, daß die Forderungen des Rheinlandes bereits in dem ersten Memorandum Stresemanns vom 9. Februar 1925 enthalten gewesen wären. So sei dieses Memorandum nur eine Offerte gewesen, die in keiner Weise habe erkennen lassen, daß wir dafür Gegenleistungen forderten. Im Interesse des besetzten Gebietes habe er sich mit aller Energie dafür eingesetzt, daß die Forderungen des besetzten Gebietes in der Note vom 20. Juli 1925 hineingebracht worden seien. Die erste Offerte sei dadurch allerdings mit nachträglichen Forderungen belastet worden, und das habe für Locarno natürlich gewisse Schwierigkeiten bedeutet. Heute sei es noch zu früh, über den Vertrag von Locarno ein Urteil zu fällen; aus diesem Grunde sei auch der deutschnationale Schritt unbegreiflich.“

Um die Rückwirkungen.

Unter lebhaftem Beifall erklärte Kaas, auch für ihn sei ein Ja oder Nein erst in dem Augenblick möglich, wo der Umfang der Rückwirkungen sich für das Rheinland übersehen lasse. Was bisher bekannt geworden sei, sei nicht übermäßig viel. Er wundere sich, was für eine schlechte Regie die deutsche Regierung treibe, wenn sie die Wiederzulassung des Reichskommissars als Ereignis hinstelle. Er hätte dies eher als eine Konzession an die Rheinlandkommission angesehen. Er freue sich, daß der Geist von Locarno sich zunächst einmal den Forellen, Hasen und Rehböcken des besetzten Gebietes zuwende; aber es gebe auch noch andere Bewohner im besetzten Gebiet. Die Rückwirkungen müßten sich in erster Linie beziehen auf die Stärke der Besatzungstruppen; das sei selbstverständlich. Wie viele Truppen die Besatzungsmächte in den Kasernen hätten, könne uns verhältnismäßig gleichgültig sein; entscheidend aber sei, wie weit die Besatzungsmächte den zivilen Wohnungsmarkt erfassen. Gegenüber der deutschen Besatzung ergebe die jetzige Besatzung die 6½ fache Belastung des deutschen Wohnungsmarktes. Wenn 100 000 Mann genügen müssen, um Ruhe und Ordnung im Deutschen Reiche aufrecht zu erhalten, könnten auch 10 000 Mann genügen, um uns friedliche Bürger im Rheinland zu „schützen“. Hier sei ein starker Abbau unbedingt notwendig. Dazu müsse eine starke Reduzierung der Ordonnanzen kommen. Auch die Militärjustiz sei stark einzuschränken.

Die Ausführungen Dr. Kaas' wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Weitere Kämpfe in Syrien.

Das Flüchtlingselend.

London, 14. November. (R.) Aus Beirut melden die „Times“: Ein offizieller Bericht teilt mit, daß am Morgen des 12. November einige Banditen erfolglos versuchten, Duma in der Nähe von Damaskus anzugreifen. Artillerieverstärkungen sind in Damaskus eingetroffen und wurden in das Innere weiterbefördert. Weitere Verstärkungen werden in kurzer Zeit erwartet.

Beirut ist jetzt von Tausenden von Flüchtlingen gefüllt. Es wird gemeldet, daß bei Kämpfen zwischen Aufständischen und Einwohnern von Karkaba 40 Einwohner dieses Dorfes getötet wurden. Die Rebellen brannten die Häuser nieder. Die Mehrzahl der Einwohner von Dschebeiba und Medoch Ajun sind nach Sidon und Beirut geflohen. Eine Drusenabteilung griff Mansura im Bezirk Kuneitra an, wo die meisten Einwohner geflohen sind. Die Einwohner erhielten Verstärkungen. Das Ergebnis des Kampfes ist noch nicht bekannt.

„Times“ berichten aus Jerusalem, es werde gemeldet, daß 2000 syrische Flüchtlinge aus Habaya und Dschobeibah Medsch Ayun nach dem oberen Galiläa geflohen seien. Die Gendarmerie an den Grenzposten sei verstärkt worden.

Neuerliche Beschießung von Damaskus.

Paris, 14. November. (R.) Nach einer vom „Neuyork Herald“ verbreiteten Meldung aus Kairo sollen die Franzosen aufs neue Damaskus beschossen haben. Die Beschießung soll infolge eines die ganze Nacht dauernden Kampfes erfolgt sein, bei dem eine starke Abteilung Aufständischer die Stadt geplündert hat. Die englischen Behörden schicken Verstärkungen an die Grenze, um die Aufständischen an dem Betreten ihres Mandatsgebietes zu verhindern.

Zur Rede Chamberlains.

Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ schreibt dazu folgendes: „Die Rede Chamberlains hat in hiesigen politischen Kreisen eine bittere Enttäuschung hervorgerufen, weil sie sich in allgemeinen Redensarten bewegte und mit keiner Silbe auf den Vertrag von Locarno und seine rechtlichen und sachlichen Auslegungen einging. Man hatte hier die Hoffnung gehabt, daß die Staatsmänner in Paris und London durch eine authentische Interpretation des Vertragstextes in Übereinstimmung mit der deutschen Auffassung den deutschen Unterhändlern die Vertretung des Vertrags vor der Öffentlichkeit und vor dem Parlament erleichtern würden. Davon ist bisher keine Rede gewesen. Im Gegenteil trägt die absichtliche Unterlassung einer klaren Deutung des Vertrags durch die Vertragsgegner dazu bei, die deutschen Bedenken gegen den Vertragstext zu verstärken. An dem Bankett in der Guildhall ist weiter bemerkenswert, daß man endlich nach sieben Jahren sogenannten Friedens den deutschen Botschafter, den Vertreter des Deutschen Reiches, wieder in gesellschaftlichen Gnaden aufgenommen und an der Tafel englischer Minister hat Platz nehmen lassen. Das ist gewiß ein kleiner Fortschritt. Leider muß aber festgestellt werden, daß die Begnadigung des deutschen Vertreters zur Gleichberechtigung mit den anderen Nationalitäten nur eine bedingte ist und gewissermaßen nur ein Vorschuß auf die Belobigung Deutschlands für die Unterzeichnung des Vertrages. Denn in der Rede des Herrn Chamberlain ist für den Fall der Nichtunterzeichnung eine Drohung an die deutsche Adresse gerichtet, deren Sinn nur sein kann, dem deutschen Volk mitzuteilen, daß es durch die Verweigerung seiner Zustimmung zu dem Vertrag von Locarno wieder in die Reihe der Verbrechernationen zurücktreten würde. Chamberlain hat gesagt: „Kein Staatsmann wagt es, die Verantwortlichkeit vor der Geschichte zu übernehmen, von unsern Lippen den Becher der Hoffnung zu reißen, den Locarno geboten hat, und keine Nation wagt die Last des Vergehens auf sich zu nehmen, die auf jeder Nation ruhen würde, die der Welt ihr größtes Bedürfnis und ihre tiefste und stärkste Hoffnung vorenthält.“

Gerade im Munde Chamberlains wirkt diese Drohung eigenartig, aber auch unangebracht. Er weiß, daß der Gedanke, die Kriegsgefahr durch die Sicherheitspolitik auszuschalten, seit den Vorverhandlungen von Versailles seiner Verwirklichung harrt, und daß bisher jedesmal zwischen Lipp' und Kelchesrand die finstern Mächte hindernd eingegriffen haben. Zunächst lehnte Amerika ab, dann griff in Cannes Poincaré in die Sicherheitsverhandlungen ein und stürzte Briand. Zuletzt aber war es niemand anders als Chamberlain selbst, der es wagte, die Verantwortlichkeit vor der Geschichte zu übernehmen, von den Lippen der verhandelnden Mächte den Becher der Hoffnung zu reißen, den das sogenannte Genfer Protokoll geboten hatte, und die englische Nation wagte es, die Last des Vergehens auf sich zu laden, diesen Genfer Pakt, auf dem dieselbe Hoffnung seinerzeit ruhte wie jetzt auf dem Vertrag von Locarno, abzulehnen, obwohl er auch von einem englischen Ministerpräsidenten unterzeichnet war. Was England recht ist, ist Deutschland billig. Wenn es bei sorgfältiger Prüfung des Vertragsinhalts zu der Einsicht kommt, daß der Vertragstext den Vertragspartnern die Auslegung offen läßt, als unterschreibe Deutschland zum zweiten Male und freiwillig den Versailler Vertrag und als garantiere es nunmehr unmittelbar oder mittelbar die Ostgrenzen, oder es begebe sich in den Zwang, der Völkerbundexekutive folgen zu müssen, so hat es, wenn es weiterhin der Vorkämpfer für den dauernden Frieden bleiben will, die Pflicht, den Vertrag abzulehnen, wenn es nicht gelingt, die Mißdeutungen, zu denen er Anlaß gibt, zu beseitigen oder etwas Besseres an seine Stelle zu setzen.

Daß Herr Chamberlain zusammen mit dem deutschen Botschafter Dr. Sthamer aus dem Liebesbecher getrunken hat, war gewiß eine schöne symbolische und dramatische Szene, aber man hätte in Deutschland lieber als Theater Taten gesehen und Erklärungen gehört, die die Sorgen, die sich an den Vertrag von Locarno und seine Rückwirkungen knüpfen, beseitigen. Nach dieser Richtung ist leider nichts zu entdecken. Im Anschluß an Chamberlains Friedensrede sind Ansprachen gehalten worden, die einer Aufrüstung Englands auf dem Meer und in der Luft das Wort reden, während gleichzeitig Deutschland nach der alten Weise weiterhin der Entwaffnungskontrolle unterworfen wird. Der auch von Chamberlain beschworene Geist von Locarno sollte, wenn wir nicht irren, die allgemeine Abrüstung und die Gleichstellung der europäischen Völker hinsichtlich ihrer Bewaffnung bringen. Er scheint aber noch an keiner Stelle sichtbar zu sein, und darum muß sich Deutschland im Gegensatz zu Herrn Chamberlain, der als der eigentliche Sieger von Locarno es leicht hat, schwungvolle Worte der Hoffnung zu sprechen, mehr an den Buchstaben des Vertrags von Locarno als an seinen Geist halten. Es wird es auch dann noch tun müssen, wenn die zugesicherten Rückwirkungen in einem stärkeren Maße eintreten, als es bisher den Anschein hat. Der „Daily Telegraph“ scheint indessen nur an ein Mindestmaß von Rückwirkungen zu glauben. Er sagt, daß die Zugeständnisse in Deutschland von der großen deutschen Öffentlichkeit kaum gewürdigt würden, wenn ihr dies nicht im einzelnen durch eine amtliche Mitteilung oder durch eine Rede Stresemanns erklärt werde. Das englische Blatt übersieht dabei, daß deutsche Ministerreden so lange der Überzeugungskraft ermangeln, als sie immer wieder nur die deutsche Auslegung des ganzen Vertragswerks wiedergeben und nicht von der Gegenseite ihre Übereinstimmung mit dieser Auslegung zugesichert wird. In diesem Sinne wird der Reichskanzler Dr. Luther in seiner morgigen Rede vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller die Rede Chamberlains ergänzen müssen.“

Zur Ratifizierung des Locarno-Vertrages.

London, 14. November. (R.) Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel: Wenn der Locarnovertrag in der Gefahr schwebt, nicht ratifiziert zu werden, so geht diese Gefahr nicht von den Führern der Nationen aus, die in Locarno alle mithalfen, eine bemerkenswerte Atmosphäre des Vertrauens und der Versöhnung zu schaffen, sondern von einem Teil der öffentlichen Meinung in einem der in Betracht kommenden Länder. Was kann hoffnungsvoller sein, als gerade der Vertrag bezüglich des Rheinlandes, des Schlachtfeldes eines Irredentismus, der zwei Länder jahrhundertelang trennte. Gerade dies war ein Moment, das sehr wahrscheinlich einen neuen Krieg erzeugt hätte. So waren zwei getrennte gegenseitig feindliche Länder in Europa entstanden. In diesem Augenblick hat eine derartige Möglichkeit keineswegs fern gelegen, denn Frankreich hatte sich mit verschiedenen zentraleuropäischen Staaten verbündet, und Deutschland würde dann gezwungen gewesen sein, Bundesgenossen zu suchen, wo es sie noch finden konnte. Man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß in Locarno ein neues System geschaffen wurde, das vereint, wo das alte System trennt.

Zum Prozeß gegen die Gräfin Bothmer

Zu diesem Sensationsprozeß, in dem die Gräfin Bothmer wegen Diebstahls angeklagt ist, schreibt die „D. A. Z.“ folgende kritische Worte: „Der Prozeß gegen die Gräfin Bothmer wird am Freitag abermals aufgenommen. Wir beabsichtigen nicht, uns vor Abschluß der Verhandlungen über die Ergebnisse der Beweisaufnahme und über Schuld oder Unschuld der Angeklagten zu äußern. Dagegen ist es unsere Pflicht, sofort auf Mißstände hinzuweisen, die während der Verhandlungen bei deren Leitung hervorgetreten sind und die abgestellt werden können und müssen. Anlaß dazu bietet uns die letzte Verhandlung, in welcher die Beziehungen der Angeklagten zu einem Freunde ihres Hauses erörtert worden sind. Wir wollen kein Urteil darüber abgeben, ob diese Erörterung zur Aufklärung des Tatbestandes überhaupt erforderlich war; das kann nur beurteilen, wer die Ermittlungsakten genau kennt und von Anfang an den Verhandlungen persönlich gefolgt ist. Wenn aber derartige Alkovengeheimnisse zur Besprechung gelangen müssen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Der Prozeß gegen die Gräfin wird anscheinend von einem Teil der Potsdamer Gesellschaft als eine angenehme Unterbrechung der im Augenblick noch herrschenden Gesellschaftsstille betrachtet. Jedenfalls ist der Zuhörerraum stets überfüllt, man bricht sich „wie in Hungersnot an Bäckertüren“ um ein Billett fast die Hälse und bringt Klappstühle mit, da die vorhandenen Sitzgelegenheiten nicht ausreichen. In dieser Atmosphäre delikate Dinge den sensationslüsternen Zuhörern darzubieten, ist eine Unvorsichtigkeit, die nicht gerechtfertigt werden kann. Die Regierungen haben neuerdings einen Feldzug gegen Schmutz und Schund in Literatur und Film organisiert. Vom Gerichtssaal lassen sich die unerquicklichsten Seiten des menschlichen Lebens nicht immer fernhalten. Aber es ist dann Sache der Prozeßleitung, dafür zu sorgen, daß solche Verhandlungen sich lediglich vor denen abspielen, die beruflich damit zu tun haben, und nicht vor Leuten, die den Gerichtssaal mit dem Kino verwechseln.“

Zusammenstoß zweier Schnellzüge.

13 Tote, 32 Verletzte.

Aus Neuyork wird gemeldet: Im Staate New-Jersey stießen heute zwei Expreßzüge in voller Fahrt aufeinander, wobei zehn Wagen völlig zertrümmert wurden. Bisher wurden zwölf Tote und zahlreiche Verletzte geborgen.

Weiter erfahren wir: Das Eisenbahnunglück auf der Pennsylvaniabahn hat bisher dreizehn Todesopfer gefordert. 32 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist in der Unübersichtlichkeit der Strecke zu suchen, die durch dichten Nebel noch erhöht wurde. Die beiden letzten Wagen des gerammten D-Zuges wurden vollständig ineinandergeschoben und gerieten in Brand. Die Rettungsmannschaft, der auch ein Priester und mehrere Nonnen angehörten, konnte erst nach stundenlanger Arbeit die Verwundeten aus dem Gewirr zusammengebogenen Stahls befreien.

Aus anderen Ländern.

Günstigere Finanzbedingungen Amerikas an Painlevé.

Paris. 14. November. (R.) Das „Journal“ berichtet: Der amerikanische Botschafter in Paris hat dem Ministerpräsidenten Painlevé günstigere Bedingungen für die Schuldenregelung übermittelt als diejenigen, welche Caillaux während seiner Anwesenheit in Washington überreicht wurden. Auf der Grundlage dieser neuen Vorschläge wird gegenwärtig zwischen der französischen und der amerikanischen Regierung verhandelt.

Das „Journal“ kündigt an, daß Painlevé sobald wie möglich nach London reisen werde, um die Verhandlungen über die Schulden bei England wieder aufzunehmen. — Durch diesen Schritt der amerikanischen Regierung bekommt das Kabinett Painlevé sicherlich einen Grad an Festigkeit mehr.

Italiens Kriegsschulden annulliert.

Rom. 14. November. (R.) Nach „Popolo di Roma“ bestehen die Vorteile des in Washington erreichten Abschlusses darin, daß die Kriegsschulden Italiens annulliert und die Nachkriegsschulden um 50 Prozent ermäßigt worden sind. Die Schuld Italiens ist von 2148 Millionen Dollar auf 435 Millionen Dollar reduziert worden.

Londoner Vorfreuden.

London. 14. November. (R.) Nach einer Meldung der „Daily Chronicle“ ist ein zweites Bankett für den 2. Dezember zu Ehren der Unterzeichner des Locarno-Abkommens geplant, bei dem Baldwin, unterstützt von allen Mitgliedern seines Kabinetts, der Gastgeber sein wird. Nach dem Essen ist ein Empfang für das gesamte diplomatische Korps geplant.

Letzte Meldungen.

Korfanty sämtlicher staatlicher Aufsichtsratsposten enthoben.

Warschau, 14. November. (R.) Die polnische Regierung hat den Abgeordneten Korfanty von den Aufsichtsräten sämtlicher ostoberschlesischer Staatsbetriebe abberufen. Es war dies anscheinend der letzte Akt des scheidenden Finanzministers und Ministerpräsidenten.

Generalstreik in Lodz.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Warschau: Heute soll in Lodz der Streik der Arbeiter sämtlicher städtischer Unternehmen beginnen. Am Montag wird der Generalstreik erwartet. Der Streik ist von den Arbeiterverbänden sämtlicher Schattierungen verkündet und wird **100 000 Arbeiter umfassen.** Falls der Generalstreik in Lodz keine Änderung der Lage bewirken sollte, will der Vollzugsausschuß der Berufsverbände in seiner Sitzung am Dienstag einen Beschluß über die Unterstützung der Lodzer Arbeiter fassen.

Rücktritt des Departementsdirektors Kauzik.

Blättermeldungen zufolge soll der Direktor des Präsidialdepartements des Finanzministeriums, Herr Kauzik, heute zu Händen des Ministers Klarner seine Demission einreichen.

Völkerbundsrat am 7. Dezember.

Genf, 14. November. (R.) Die 37. Session des Völkerbundsrates wird in Genf am Montag, dem 7. Dezember, ihren Anfang nehmen.

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin.

Berlin, 14. November. (R.) Der Reichspräsident ist heute vormittag 8½ Uhr wieder in Berlin eingetroffen. Er hatte auch der Stadt Darmstadt seinen Besuch abgestattet.

Veränderungen in der russischen Armee.

Moskau, 14. November. (R.) Der bisherige Chef des Generalstabes, Sergius Kamenew, ist zum Generalinspekteur der roten Armee ernannt worden, und der bisherige Befehlshaber des Militärdistrikts West, Tuchatschewski, wurde zum Generalstabschef ernannt.

Französische Ministerratskonferenz.

Paris, 14. November. (R.) Der Ministerrat tritt heute nachmittag 3 Uhr im Elysée unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammen.

Zum U-Boot-Brand.

Paris, 14. November. (R.) Wie die Morgenblätter berichten, ist der Brand im Innern des französischen U-Bootes in Toulon dadurch gelöscht worden, daß man das Boot im Innern völlig überschwemmte. Der an Bord befindliche und dem Brand zum Opfer gefallene Offizier konnte noch nicht geborgen werden. Der schwerverletzte Obermaschinist ist seinen Verletzungen erlegen.

Die heutige Ausgabe hat 12 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań.

Die Verlobung unserer Tochter
Vera
mit Herrn
Hans Rimann
aus Cerekwice beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Powodowo (Wolsztyn), im November 1925.

Ernst Lehfeldt u. Frau Eveline, geb. Buchwald.

Meine Verlobung mit Fräulein
Vera Lehfeldt,
Tochter des Rittergutsbesitzers Herrn Ernst Lehfeldt und seiner Gemahlin Eveline, geb. Buchwald, beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.

Chorzemin, im November 1925.

Hans Rimann.

Die Geburt eines gesunden
Mädels
zeigen an
Baumeister **Gutsche** u. Frau **Irma** geb. **Kroenke.**

Grodzisk, den 12. November 1925.

Am 9. d. Mts. hat unser Herrgott seinen treuen Diener, den
Herrn Amtsrat
Friedrich Pirscher
nach arbeitsreichem Leben zu Sich gerufen.

Viele Jahre hindurch hat der Heimgegangene in unserer Gemeinde das Ehrenamt eines Kirchenrats mit großer Hingebung bekleidet und ihr mit seiner reichen Erfahrung vielfach genützt.

Das — jetzt leider geschmälerte — harmonische Geläut unserer einst so schönen Kirchenglocken gibt ein dauerndes beredtes Zeugnis seiner, unserer Gemeinde so oft erwiesenen treuen Fürsorge, seiner großzügigen Opferwilligkeit, aber auch des
Dankes unserer Kirchengemeinde.

Sie haben einen guten Mann begraben; Uns war er mehr!

Er ruhe sanft im Frieden des Herrn.
Offenb. Joh. Kap. 14, V. 13.

Obornik, den 12. November 1925.

Der Gemeindekirchenrat und die Gemeindevertretung der evangelischen Kirche.

Nach erfolgter Ueberführung geben wir bekannt, daß die Beisetzung unseres geliebten Mannes und Vaters, des Kaufmanns
Jakob Moses
am Sonntag nachmittag 3 Uhr von der Halle des israelitischen Friedhofes, ulica Głogowska, aus erfolgt.

Hedwig Moses, geb. Schönfeld,
Julius Moses.

Englische und französische Stunden, Konversation und Hilfe für alle Stufen des Schulunterrichts erteilt tüchtige Sprachenlehrerin (Ausländerin). Täglich zu sprechen von 3—4 nachmittags **Poznań, Działyńskich 7** (Naumannstr.) hochpartr. rechts. Tel. 53-28.

Schüler(innen) finden gute **Pension** bei **Zeidler, Krasewskiego 24, II.**

Fräulein bessert gut und billig Wäsche aus. Geht auch aufs Land. Angeb. unter **A 1791** an die Geschäftsst. d. Bl.

Glück auf!
Witwer, kath., in 40er J. mit Tochter, 13 Jahre und Sohn 14 Jahre alt, besserer Handwerker, gew. Gardist, groß und schlank, dunkelblond, der ein Landhaus und etwas bares Geld besitzt sucht Witwe oder älteres Fräulein zu **heiraten.** Gefl. Ang. unter **1846** a. d. Gesch. d. Bl.

Ankäufe u. Verkäufe

Starkes Arbeitspferd
ca. 1,70 groß, kauft **M. Kiß, Przemysłowa 27 Telephon 3157.**

Beabsichtige meine **84 Morgen große Landwirtschaft sofort zu verkaufen.** Offerten unter **B. 1860** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Tafelobst
in feinsten Sorten, aus meinen Obstanlagen jederzeit abzugeben. Versand an Konsumenten und Wiederverkäufer.
Albert Poinke, Handelsgärtnerei, **Bojanowo** pow. Rawitsch.

Wohnungen

Möbl. Zimmer f. 1 od. 2 Herren zu verm. bei **Schirm, Poznań, Stryka 8.**

Möbliertes Zimmer ab 15. 11. od. 1. 12. zu verm. Poznań, ul. Woźna 14 IV.

Sauberes, **gut möbliertes Zimmer zu vermieten. Poznań,** ul. Wielka 19, III r.

Wohn- und Schlafzimmer, gut möbl., mit elektr. Licht, Zentralheizung, zum 1. 12. zu vermieten. **Straka, Poznań, Szkolna 9 II. Etage.**

Unsere Geschäftsräume sind am
Mittwoch, d. 18. November
für sämtlichen **Verkehr geschlossen.**

Bank für Handel und Gewerbe, Poznań, } Tow.
Poznański Bank dla handlu i przemysłu, } Akc.
Danziger Privat-Actien-Bank, Filiale Posen, Poznań.
Direction der Disconto-Gesellschaft, Filiale Posen, Poznań.
Genossenschaftsbank Poznań, } Sp. z o. o.
Bank Spółdzielczy Poznań, }
Prov.-Genossenschaftskasse, Poznań, Sp. zap. z ogr. odp.

Für die so zahlreich bewiesene Teilnahme, insbesondere für die warmen Trostworte am Sarge und Grabe und für die Mitwirkung des Buschdorfer Posaunenchors, anläßlich des so frühen Heimganges meines innig geliebten Mannes, spreche ich hiermit zugleich im Namen aller anderen trauernden Hinterbliebenen meinen
herzlichsten Dank aus.

Erna Will, geb. Laube.

Jagniewitz, den 14. November 1925.



GRÖSSTES SPECIALHAUS FÜR FEINE PELZWAREN
EIGENE ATELIERS FÜR MASSANFERTIGUNG
Der Einkauf von Pelzwaren ist Vertrauenssache. Mein seit über 85 Jahren bestehendes Specialgeschäft leistet Garantie für fachmännisch sauberste Arbeit u. tadelloses gesundes Fellmaterial.
MODERNISIERUNGEN BEREITWILLIGST.

Damenhüte v. eleg. bis einfachst. Genre
empfiehlt zu billigen Preisen
E. Reimann, Poznań, ul. Polwiejska 38 (Halbdorfstraße).
Uebernehme Pelz-Umarbeitungen.
Anfertigung von Teepuppen und Lampenschirmen.

Konditorei und Kaffee
G. Erhorn
Poznań, Fr. Ratajczaka 39. Tel. 3228.

Bei vorkommenden **Familienfestlichkeiten** jeder Art empfiehlt sich als perfekte Kochfrau
Anna Schatz, Stary Rynek 86, III.

Schneiderei.
Damen- und Kindergarderobe wird sauber, schnell u. preiswert ausgeführt von Frau **Olga Patusch, Gniezno, Grzybowo 13.**

Spielplan des „Teatr Wielki".

Dienstag,	den 17. 11.	**„Dalibor".**
Mittwoch,	den 18. 11.	**„Die Jüdin".**
Donnerstag,	den 19. 11.	**„Carmen".**
Freitag,	den 20. 11.	**„Carmé".**
Sonnabend,	den 21. 11.	**„Bettina"** (La Mascotte) — Premiere.
Sonntag,	den 22. 11.	**„Dalibor".**
Montag,	den 23. 11.	**„Bettina".**

Gesang-Unterricht
erteilt **Frau Else Daniel.**
Anmeldungen **Leszno, ul. Leszczyńskich 15/17.**
Bei genügender Beteiligung findet der Unterricht auch in Posen statt.

Kaufmännischer Verein.
Montag, den 16. November, 8½ Uhr
Klubabend mit Damen.
Schluß 1 Uhr. Der Vorstand.

Restauration • Weinstuben
Tel. 5637 Tel. 5637
„Bellevue"
plac Wolności 5
empfiehlt seine vorzügliche Küche unter Leitung eines erfahrenen Fachmannes
Mittage, 4 Gänge 2,— zł
Mittage, 3 Gänge 1,25 „
Abends Souper 2,— „
Versch. Spezialitäten 1,50 „
Auserlesene Getränke
Biere Weine
Künstler-Konzert täglich von 7 Uhr abends.

UNAMEL
Kunsthonig
Karamellen
Kandiszucker
Puderzucker.
Dr. W. A. Henatsch-Unisław.